

Produkthaftungshandbuch

Foerste / Graf von Westphalen

4. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-78887-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Foerste/Graf von Westphalen
Produkthaftungshandbuch



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Produkthaftungs- handbuch

Herausgegeben von:

Prof. Dr. Ulrich Foerste

und

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Verfasst von:

Dr. Moritz Becker, Rechtsanwalt in Düsseldorf,

Prof. Dr. Ulrich Foerste, Universität Osnabrück,

Dr. Markus Gierok, Rechtsanwalt in Köln,

Dr. Ekkehard Helmig, Rechtsanwalt in Wiesbaden,

Peter Homberg, Rechtsanwalt in Berlin,

Prof. Dr. Mary-Rose McGuire, Universität Osnabrück,

Dr. Dan Schilbach, Rechtsanwalt in Düsseldorf,

Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Rechtsanwalt in Stuttgart,

Dr. Tobias Teufer, Rechtsanwalt in Hamburg,

Prof. Dr. Michael Tsambikakis, Rechtsanwalt in Köln,

Honorarprofessor an der Universität Passau

Prof. Dr. Jan Oster, Universität Osnabrück,

Lisa Ottinger, Rechtsanwältin in Düsseldorf,

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen, Rechtsanwalt in Köln,

Honorarprofessor an der Universität Bielefeld,

Dr. Harro Wilde, Rechtsanwalt in Stuttgart,

Prof. Dr. Wolfgang Winkelbauer, Rechtsanwalt in Stuttgart,

Honorarprofessor an der Universität Tübingen.

4. Auflage



Zitiervorschlag:
Foerste/Graf v. Westphalen ProdHaft-HdB/Bearbeiter
Beispiel: Foerste/Graf v. Westphalen ProdHaft-HdB/Foerste § 24 Rn. 22


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78887 1

© 2024 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Nach fast einer Dekade hatte sich der Verlag entschlossen, dieses in Wissenschaft und Praxis anerkannte Werk neu aufzulegen. Für die Herausgeber war dies mit beträchtlichen Herausforderungen verbunden. Neue Autoren mussten verpflichtet werden, und vor allem galt es, Ausschau zu halten, welche neuen Teilgebiete der Produkthaftung – sowohl im Rahmen des Unions- als auch des nationalen Rechts – in die Bearbeitung aufgenommen werden sollten. Hinzu kamen selbstredend die erforderlichen Überarbeitungen oder auch Neubearbeitungen der Hauptteile des Delikts-, des Vertragsrechts wie auch des Strafrechts. Kaum ein Stein konnte noch auf dem anderen bleiben: Gesetzgebung und Rechtsprechung hatten sehr vieles in Bewegung gebracht, das für den Leser eingefangen und mit hinreichender wissenschaftlicher Tiefe wie auch mit praktischem Erfahrungswissen gepaart aufbereitet werden musste.

Hervorzuheben ist, dass die Bereiche der Software-Haftung sowie der gesamte Komplex der Haftung für ein Fehlverhalten einer KI nunmehr in eigenen Kapiteln – ihrer gewachsenen praktischen Bedeutung entsprechend – dargestellt werden, betreut von Herrn Prof. Dr. Jan Oster und von Frau Prof. Dr. Mary-Rose McGuire, jeweils Universität Osnabrück. Der strafrechtliche Teil ist von Herrn Rechtsanwalt Prof. Dr. Michael Tsambikakis und Herrn Rechtsanwalt Dr. Markus Gierok, beide Köln, völlig neu bearbeitet worden. Auch das Versicherungsrecht ist in dieser Auflage wesentlich umfangreicher dargestellt als in der Voraufgabe, nunmehr von Herrn Rechtsanwalt Dr. Jan Schilbach, Düsseldorf.

Besonders Augenmerk haben die Herausgeber in dieser Auflage darauf gelegt, den bislang nur im Rahmen der Qualitätssicherung bearbeiteten Teil des Produktsicherheitsrechts wesentlich umfassender vorzustellen. Dabei haben wir uns dazu entschieden, diese für die Praxis von Produkthaftungsfällen immer wichtiger werdende Darstellung nach den spezifischen Fachgebieten zu ordnen. Den die Automobilindustrie betreffenden Teil hat Herr Rechtsanwalt Dr. Ekkehard Helmig, Wiesbaden, verfasst. Das Medizinrecht ist von Herrn Rechtsanwalt Peter Homberg, Berlin, neu bearbeitet worden. Das in der Haftungspraxis wichtige Lebensmittelrecht verdankt seine Neubearbeitung Herrn Rechtsanwalt Dr. Tobias Teufer, Hamburg. Doch eingebettet sind diese Darstellungen wiederum in wesentlich umfangreicher ausgefallene Kapitel über die zentralen Rechtsfragen von Qualitätssicherungsvereinbarungen (einschließlich der Besonderheiten des LkSG) aus der Feder von Herrn Rechtsanwalt Dr. Moritz Becker und Frau Rechtsanwältin Lisa Ottinger, beide Düsseldorf. In bewährter Manier haben schließlich Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Schütze, München, und Herr Rechtsanwalt Dr. Harro Wilde, Stuttgart, das Kollisionsrecht der Produkthaftung und das internationale Zivilprozessrecht behandelt.

Allen Autoren danken wir sehr herzlich. Sie haben das Handbuch nicht nur auf dem jeweiligen Fachgebiet bereichert, sondern auch – das war so gar nicht von Anfang an vorgesehen – für eine sehr beträchtliche, um ein Drittel gewachsene Erweiterung des Umfangs des Handbuchs gesorgt. Ihnen allen schulden wir Anerkennung für Ihr nachhaltiges und erfolgreiches Mühen. Wir verbinden dies mit der Hoffnung, dass auch die Leser und Nutzer dieses Handbuchs unsere Ein- und Wertschätzung teilen.

Nicht zuletzt schulden wir großen Dank Frau Assessorin Nadja Blieninger und Herrn Dr. Frank Lang, die im Verlag nach dem altersbedingten Ausscheiden von Stefan Tischler die nicht immer einfache Betreuung dieses Werks mustergültig und mit Geduld übernommen haben.

Wir hoffen, wie schon in der vorangehenden Auflage gesagt, dass dieses Handbuch bei der Bewältigung von oft sehr komplexen Produkthaftungsfällen in der Praxis hilfreich sein möge. Für Hinweise aus der Praxis sind wir immer sehr dankbar.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Literaturverzeichnis	LV

1. Teil Vertragliche Haftung

§ 1 Fehler und Mangel	1
I. Vorbemerkung Fehler – Mangel – im Kaufrecht	2
1. Hauptpflicht des Verkäufers: Mangelfreie Lieferung	2
2. Sachmangel	4
II. Beschaffenheitsvereinbarung – § 434 Abs. 2 Nr. 1 BGB	5
1. Ausdrücklich vereinbarte Sollbeschaffenheit	5
2. Stillschweigende Vereinbarung	8
3. Ausschluss einer Beschaffenheitsvereinbarung	10
4. Keine Beschaffenheit einer Sache	12
5. Vereinbarte Beschaffenheit – Fehler – Verdachtsmomente	12
6. Rechtsmängel	13
7. Formerfordernisse	14
III. Eignung für die vertraglich vorausgesetzte Verwendung – § 434 Abs. 2 Nr. 2 BGB	14
1. Vertragliche Vereinbarung	14
2. Offenlegung des Verwendungszwecks	15
3. Festlegung eines besonderen Verwendungszwecks	16
4. Eignung der Kaufsache	17
IV. Vereinbartes Zubehör – vereinbarte Anleitungen – § 434 Abs. 2 Nr. 3 BGB	18
1. Ausgangslage	18
2. Begrifflichkeiten: Zubehör – Anleitungen	18
3. Mangelfreiheit	18
V. § 434 Abs. 3 BGB	19
1. Ausgangslage	19
2. Gewöhnliche Verwendung – § 434 Abs. 3 Nr. 1 BGB	19
3. Übliche Beschaffenheit – Erwartung des Käufers – § 434 Abs. 3 Nr. 2a BGB	20
4. Öffentliche Äußerungen des Verkäufers, Herstellers oder seines Gehilfen – Werbeaussagen: § 434 Abs. 2 Nr. 3b BGB	24
VI. Vereinbarte Montage – Montageanleitung – § 434 Abs. 4 BGB	31
1. Vereinbarte Montage – unsachgemäße Ausführung – § 434 Abs. 4 Nr. 1 BGB	31
2. Mangelhafte Montageanleitung – § 434 Abs. 4 Nr. 2 BGB	32
3. Bedienungsanleitungen – Gebrauchsanleitungen etc	34
4. Kausalität	35
VII. Zuwenig- und Falsch-Lieferung – § 434 Abs. 5 BGB	35
VIII. Maßgebender Zeitpunkt, Gefahrenübergang – § 434 Abs. 1 BGB	35
1. Grundaussage	35
2. Früher auftretende Mängel	35

3. Später entfallende Mängel	36
4. Haltbarkeitsgarantie	36
5. Fehlerhafte Verpackung, Adressierung etc	36
IX. Verteilung der Beweislast	37
1. Standpunkt der Judikatur	37
2. Schuldhaftige Beweisvereitelung	38
3. Sonderregel des § 477 BGB	38
X. Anwendungsbereich von § 650 BGB	39
1. Ausgangspunkt	39
2. Rechtsfolgen	40
§ 2 Fehler – Mangel: Werkvertragsrecht	40
I. Werkvertragliche Verschaffungspflicht	41
1. Erfolgsbezogene Pflicht	41
2. Sachmangel	41
II. Vertraglich vorausgesetzter Gebrauch – § 633 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 BGB	44
III. Gewöhnlicher Verwendungszweck – § 632 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BGB ..	45
IV. Beschaffenheitsgarantie – § 639 BGB	46
1. Voraussetzungen	46
2. Rechtsfolgen	46
V. Maßgebender Abnahme-Zeitpunkt – § 640 BGB	47
1. Billigung des Werks	47
2. Ausdrückliche – stillschweigende Abnahmeerklärung	47
3. Rechtsfolgen der Abnahme	49
4. Beweislast	50
5. Organisationsmängel	50
§ 3 Garantieübernahme beim Kauf- und Werkvertrag	52
I. Grundtatbestand – § 276 Abs. 1 BGB	53
1. Allgemeine Erwägungen	53
2. Verbot der Haftungsfreizeichnung – Haftungsbegrenzung	54
3. Garantieübernahme – außerhalb der §§ 443, 444, 639 BGB	54
II. Selbständige – unselbständige Garantie	56
1. Selbständiger Garantievertrag	56
2. Unselbständige Garantie	58
3. Werkvertrag – § 639 BGB	59
III. Begründung einer Verkäufergarantie – § 443, § 479 BGB	59
1. Zustandekommen des Garantievertrages	59
2. Umschreibung des „Garantiefalls“	61
3. Rechte des Käufers aufgrund des „Garantiefalls“	62
IV. Herstellergarantie – §§ 443, 479 BGB	63
1. Zustandekommen des Vertrages	63
2. Herstellergarantie als Vertrag zugunsten Dritter – § 328 BGB	64
3. „Garantiefall“	64
4. Sonderfragen zur Verkäufergarantie – § 479 BGB	65
V. Beweislast	67
VI. Verletzungen des Garantieversprechens	69
1. Anspruchsgrundlage	69
2. Herstellergarantie – Verkäuferschaft	69
VII. Wirksamkeit der Garantie: Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsabschluss	70
VIII. Unternehmerischer Verkehr	71

IX. Sonstige (mögliche) Beschaffenheitsgarantien	71
1. Prüfzeugnisse, Zertifikate	71
2. Inanspruchnahme besonderen Vertrauens	72
3. Bestehen einer Verkehrs- oder Handels- sitte	73
X. Umfang der jeweiligen Schadensersatzhaftung	74
1. Im Rahmen der §§ 444, 639 BGB	74
2. Nach § 639 BGB	75
XI. Haftungsbegrenzende Vereinbarungen	75
1. Grundsätzliche Erwägungen	76
2. Beschaffenheitsgarantie – Haftungsausschluss	76
3. Beschaffenheitsvereinbarung – Haftungsausschluss	77
4. Haftungshöchstgrenzen	77
5. Gängige Haftungsausschlussklauseln	78
§ 4 Untersuchungs- und Rügepflichten	80
I. Obliegenheit – § 377 HGB	81
1. Anwendungsbereich	81
2. Keine Anwendung	82
II. Begriff des Handelsgeschäfts	83
III. Voraussetzungen der Rügeobliegenheit	84
1. Ablieferung der gekauften Ware	84
2. Mangel – Falschlieferung – Quantitätsmangel	87
IV. Untersuchungsobliegenheit	90
1. Umfang und Methoden der geschuldeten Untersuchung	91
2. Ordnungsgemäßheit der Untersuchung, soweit tunlich	94
3. Beispielhafte Einzelfälle	95
4. Just-In-Time-Delivery	99
5. Unverzügliche Untersuchung – Zeitpunkt	100
V. Anzeige des Mangels	102
1. Funktion – Zweck	102
2. Rechtzeitigkeit	103
3. Substantiierungspflicht	106
VI. Form der Mängelanzeige	107
VII. Verzögerungsgefahr § 377 Abs. 4 HGB	108
VIII. Rechtsfolge – Insbesondere Genehmigungsfiktion des § 377 Abs. 2 HGB	108
1. Rechtsverlust des Käufers	109
2. Konkreter Rechtsverlust – Mängelansprüche	109
3. Ansprüche wegen Verletzung von Nebenpflichten (§§ 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB)	109
4. Rechtsprechungsbeispiele	110
5. Verletzung von Aufklärungspflichten	111
6. Beschaffenheitsgarantie	112
7. Deliktische Ansprüche	112
IX. Verteilung der Beweislast	113
X. Vertragliche Abänderungen der Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten	114
1. Individualvereinbarungen	114
2. Verkaufs- und Einkaufsbedingungen	114
3. Stillschweigender Verzicht auf Einhaltung der Rügeobliegenheit ...	118
XI. Vorliegen von Arglist	118

§ 5 Arglist – Wissenszurechnung: § 166 BGB analog – § 31 BGB	119
I. Tatbestand der Arglist	121
1. Bestehen einer Aufklärungspflicht	122
2. Wissenserklärungen	124
II. Wissenszurechnung	124
1. Allgemeine Grundsätze – § 166 BGB analog	124
2. Einzelheiten	127
3. Vergessen – Löschen der Informationen	129
4. Praktische Konsequenzen	130
III. Rechtsfolgen	131
1. Unwirksamer Haftungsausschluss	131
2. Unzumutbarkeit des Nacherfüllungsverlangens	131
3. Schadensersatz	131
§ 6 Nacherfüllung im Kaufrecht	132
I. Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs	133
II. Voraussetzungen	134
1. Berechtigtes – Unberechtigtes Nacherfüllungsverlangen	134
2. Ersatzlieferung – Gattungsschuld – Stückschuld – § 439 Abs. 1 BGB	137
III. Wahlrecht des Käufers	140
1. Verbrauchsgüterkauf § 476 Abs. 1 BGB	140
2. Unternehmerischer Verkehr – § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	140
IV. Umfang der Nacherfüllung – § 439 Abs. 2 BGB	141
1. Aufwendungen	141
2. Umfang der geschuldeten Aufwendungen	141
V. Umfang der Nacherfüllung – § 439 Abs. 3 BGB	146
1. Aus- und Einbaukosten – Ersatzanspruch des Käufers	146
2. Rechtsfolge	147
VI. Abdingbarkeit – Aus- und Einbaukosten	148
1. Verbrauchsgüterkauf	148
2. Gegenüber einem Unternehmer	148
VII. Leistungsverweigerungsrecht des Verkäufers – Absolute und relative Unmöglichkeit der gewählten Nacherfüllung – § 439 Abs. 4 BGB	148
1. Unmöglichkeit – Unbehebbarer Mangel	149
2. Leistungsverweigerungsrecht des Verkäufers	149
3. Ausschluss beider Arten der Nacherfüllung	152
VIII. Abbedingung – § 439 Abs. 4 BGB	152
1. Verbrauchsgüterkauf	152
2. Unternehmerischer Verkehr	152
IX. Mangelhafte Nacherfüllung	152
§ 7 Nacherfüllung im Werkvertragsrecht	153
I. Grundsätzliche Parallele zu § 439 BGB	154
II. Nacherfüllungsverlangen – § 634 Nr. 1 BGB	154
1. Zäsur der Abnahme	154
2. Geltendmachung des Nacherfüllungsverlangens – § 635 Abs. 1 BGB	155
III. Inhalt des Anspruchs – § 635 Abs. 1 BGB	156
IV. Mangelbeseitigungsaufwendungen – § 635 Abs. 2 BGB	156
1. Nacherfüllung: Aus- und Einbaukosten und sonstige Aufwendungen	156
2. Sowieso-Kosten – Vorteilsausgleich	157
V. Ausschluss des Anspruchs auf Nacherfüllung – § 635 Abs. 3 BGB	158
1. Alternative Konstellation	158
2. Rechtliche Konsequenzen	160

VI. Rückgabe des Werks – Neuerstellungspflicht des Unternehmers	161
VII. Selbstvornahme durch den Besteller	161
1. Voraussetzungen	161
2. Konsequenzen des Fristablaufs	163
3. Anspruch auf Aufwendungsersatz	164
4. Anspruch auf Vorschuss	165
5. Darlegungs- und Beweislast	165
6. Unberechtigte Selbstvornahme	166
§ 8 Fehlschlagen der Nacherfüllung	166
I. Gesetzliche Ausgangslage	166
1. Im Kaufrecht – § 440 BGB	166
2. Im Werkvertragsrecht – § 636 BGB	167
II. Fehlschlagen der Nacherfüllung	167
1. Bisherige BGH-Judikatur als Ausgangspunkt	167
2. Unzumutbarkeit der Nacherfüllung – § 440 Satz 1 BGB	167
3. Unzumutbarkeit – § 636 BGB	168
III. Fehlschlagen des zweiten Versuchs der Nacherfüllung	169
1. Im Kaufrecht	169
2. Verweigerung beider Arten der Nacherfüllung	170
3. Werkvertrag	170
IV. Rechtsfolgen	171
1. Kaufrecht	171
2. Werkvertrag	171
V. Klauselkontrolle	171
1. Rücktritt – Minderung	171
2. Schadensersatz statt der Leistung	171
3. Verletzungen der Nacherfüllungspflicht	172
§ 9 Schadensersatzansprüche	173
I. Pflichtverletzungen – § 437 Nr. 3 BGB	174
1. Unbehebbarer Mangel	175
2. Behebbarer Mangel – Nutzungsausfallschaden	175
II. Sonstige Schäden – §§ 437 Nr. 3, 634 Nr. 4 BGB in Verbindung mit § 280 Abs. 1 BGB	179
1. Schäden an anderen Gütern des Käufers/Bestellers	179
2. Aus- und Einbaukosten – Aufwendungen	179
3. Gutachterkosten – Aufwendungen	180
4. Rechtsverfolgungskosten – Aufwendungen/Schadensersatz	180
5. Gewährleistungsansprüche des Abkäufers in der Kette	180
III. Verspätungsschäden	181
1. Voraussetzungen	181
2. Versäumung der Nacherfüllungsfrist	181
3. Fehlschlagen der Nacherfüllung	181
IV. Schadensersatzanspruch statt der Leistung – § 281 BGB	182
1. Mangelhafte Lieferung – Pflichtverletzung des Verkäufers/ Werkunternehmers	182
2. Vertretenmüssen – § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB	183
3. Fristerfordernis – § 281 Abs. 1 BGB	185
4. Erfolgreicher Ablauf einer angemessenen Frist	187
5. Schadensersatz statt der Leistung – Verletzung der Nacherfüllungspflicht	188

V. Übernahme einer Beschaffenheitsgarantie	189
1. Anspruchsgrundlage §§ 437 Nr. 3, 634 Nr. 4 BGB	189
2. Selbständige Garantie	189
3. Haftungsgrenzen: §§ 444, 639 BGB	190
VI. Umfang des Schadensersatzes statt der Leistung	190
1. Grundsatz	190
2. Berechnungsmethode: Großer oder kleiner Schadensersatzanspruch ..	190
VII. Ersatz vergeblicher Aufwendungen – § 284 BGB	196
1. Schadensersatzanspruch statt der Leistung	196
2. Aufwendungen	197
3. Darlegungs- und Beweislast	198
VIII. Teilleistungen	198
IX. Abdingbarkeit	198
X. Sonderregel des § 475d BGB	199
1. Normzweck	199
2. Fallgruppen – § 475d Abs. 1 Nr. 1–5 BGB	199
3. Fallgruppen von Abs. 2	200
§ 10 Verjährung	201
I. Erfasste Ansprüche – § 438 BGB	202
II. Nicht erfasste Ansprüche	203
1. Deliktische Ansprüche	203
2. Beschaffenheitsgarantie	203
3. Pflichtverletzungen gemäß §§ 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB	204
4. Schadensersatzansprüche wegen Verschuldens bei Vertragsabschluss ..	204
III. Fünfjährige Verjährungsfrist – § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB	204
1. Mängel an Bauwerken	205
2. Baumaterialien	205
IV. Zweijährige Verjährungsfrist – § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB	206
V. Verjährungsbeginn	207
VI. Gebrauchte Sachen – § 476 Abs. 2 BGB	207
1. Allgemeines Definitionsmuster	208
2. Unwirksamkeit einer gegenläufigen Vereinbarung	208
VII. Arglistiges Verschweigen des Mangels	209
VIII. Hemmung der Verjährung	209
1. Voraussetzungen	209
2. Mängelrüge – Prüfung der Mängelursache	210
3. Ablaufhemmung	212
IX. Werkvertragliche Verjährung	212
1. Erfasste Ansprüche	212
2. Allgemeine Verjährungsregeln der §§ 195, 199 BGB	213
3. Zwei-Jahresfrist – § 634a Abs. 1 Nr. 1 BGB	214
4. Fünfjährige Verjährung – § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB	215
5. Regelmäßige Verjährung – § 634a Abs. 1 Nr. 3 BGB	217
6. Verjährungsbeginn	217
7. Arglistiges Verschweigen des Mangels	218
X. Haltbarkeitsgarantien	218
1. Inhalt des Garantieversprechens	218
2. Verjährung des Garantieanspruchs	219
3. Beweislastfragen	221
XI. Abdingbarkeit	222
1. Verkaufs-AGB	222
2. Verbotstatbestand von § 309 Nr. 8b ff. BGB	222

3. Unternehmerischer Verkehr	223
4. Einkaufs-AGB	224
XII. Verjährung von Rückgriffsansprüchen (§ 445b BGB) – Liefererregress	224
1. § 445a BGB und § 478 BGB	224
2. Verjährung des Aufwendungsersatzanspruchs	224
3. Regel des § 477 BGB im Kontext von § 478 Abs. 1 BGB	226
4. Regel des § 478 BGB	228
XIII. Verjährung bei dauerhafter Bereitstellung digitaler Elemente – § 475e BGB	228
1. Dauerhafte Bereitstellung digitaler Inhalte	228
2. Aktualisierungspflicht	228
3. Weitere Ablaufhemmung	229
4. Ablaufhemmung von zwei Monaten – Nacherfüllung	229
§ 11 Verletzung von Nebenpflichten	229
I. Grundaussage	230
II. Pflichtverletzung	231
III. Grundlage: Schuldverhältnis	231
1. Abgrenzung zu Hauptleistungspflichten	231
2. Schutz des Integritätsinteresses	232
3. Verhaltenspflichten – leistungsbezogene Nebenpflichten	232
4. Selbständige – unselbständige Nebenpflichten	232
IV. Abgrenzung gegenüber der Sachmängelhaftung	233
1. Im Bereich des Kaufrechts	233
2. Im Bereich des Werkvertragsrechts	234
V. Nebenpflichten – Kaufvertragsrecht	234
1. Beratungs- und Instruktionspflichten – ausdrückliche Vereinbarung	235
2. Stillschweigend geschlossener Beratungsvertrag	236
3. Besondere Serviceleistungen	239
4. Untersuchungspflichten	239
VI. Verletzung von Nebenpflichten – Werkvertrag	241
1. Vereinbarte Nebenpflichten	241
2. Nebenpflichten: Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB	242
3. Prüfpflichten	242
4. Fürsorgepflichten	244
VII. Darlegungs- und Beweislast – Schadensersatzansprüche des Käufers/ Bestellers	245
1. Im Rahmen eines Kauf- oder Werkvertrages	245
2. Nachweis der Kausalität	246
3. Nachweis fehlenden Verschuldens	247
VIII. Abdingbarkeit	249
IX. Unzumutbarkeit – § 282 BGB	249
§ 12 Verschulden bei Vertragsabschluss	249
I. Abgrenzung gegenüber der Mängelhaftung	250
1. Im Rahmen von § 311 Abs. 2 BGB	250
2. Verletzung von Beratungspflichten	252
II. Verletzung von Aufklärungspflichten	252
1. Grundsatz	252
2. Gefahrenträchtiges Produkt	253
3. Gefährdung/Vereitelung des Vertragszwecks	254

III. Schadensersatzsanktion	255
1. Ersatz des Vertrauensschadens	255
2. Ersatz des Erfüllungsinteresses	256
IV. Darlegungs- und Beweislast	256
V. Abdingbarkeit	256
§ 13 Besonderheiten des Verbrauchsgüterkaufs	257
I. § 476 BGB – Vereinbarungen zum Nachteil des Verbrauchers	257
1. Nachteilige Vereinbarung	258
2. Negative Beschaffensvereinbarungen – § 476 Abs. 1 Satz 2 BGB	258
3. Verjährungsregel des § 476 Abs. 2 BGB	259
4. Haftungsbegrenzungen	259
5. Umgehungstatbestand	259
II. Rückgriffsregeln des § 478 BGB	261
1. Beweisvermutung des § 477 BGB	261
2. Inhalt der Beweisvermutung – § 477 Abs. 1 BGB	264
III. Gleichwertiger Ausgleich – Lieferantenregress	265
1. Pauschale Abrechnungssysteme	266
2. Einzelheiten	266
3. Umgehungsverbot	268
§ 14 – Individualvertrag – § 305 Abs. 1 Satz 3 BGB	269
I. Vorbemerkungen	269
1. Merkmal des Stellens	269
2. Vielzahl	271
3. Aushandeln	272
4. Darlegungs- und Beweislast	276
II. Individualabrede – § 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB	277
§ 15 Einbeziehung von AGB	278
I. Dogmatische Einordnung von § 305 Abs. 2 BGB	279
II. Ausgewählte Einzelheiten zu § 305 Abs. 2 BGB	279
1. Ausdrücklicher Hinweis	279
2. Maßgebender Zeitpunkt	282
3. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	283
III. Beachtung des Transparenzgebots nach § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB	285
IV. Einverständnis des Kunden	286
V. Bedeutung des Schweigens des Verbrauchers	286
1. Schweigen als Ablehnung	286
2. Entgegennahme der Lieferung/Leistung als Anerkennung	286
VI. Relevanz von Schriftformklauseln	287
VII. Bestätigungsklauseln	287
1. Einverständnisklauseln – § 305 Abs. 2 Nr. 2 und § 309 Nr. 12 BGB	287
2. Kenntnisnahmeklauseln – Beweislastverschiebung	288
VIII. Unternehmerischer Bereich	288
1. Geltung der §§ 145 ff. BGB	288
2. Bedeutung des Schweigens im kaufmännischen Bereich	291
3. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben	291
4. Einseitige Bestimmung des Vertragsinhalts	292
5. Relevanz des Annahmeverhaltens	293

§ 16 Kollision von Standardbedingungen	293
I. Erscheinungsform	294
II. Trend der Judikatur	294
1. BGH-Judikatur	294
2. Instanzgerichtliche Entscheidungen	295
3. Trend der Literatur	295
III. Eigene Auffassung	296
1. Kongruenzprinzip: Geltung der AGB	298
2. Kongruenzprinzip: Unwirksamkeit einer AGB-Klausel	299
3. Einseitiger Regelungsgehalt	299
4. Kongruenzen: Eigentumsvorbehalt und Haftungsfreizeichnung	300
5. Konsequenzen: Rügepflicht gemäß § 377 HGB und Verjährungsfristen gemäß §§ 438, 634a BGB	300
6. Ausdrücklicher und gesonderter Widerspruch	301
7. Abwehrklauseln – § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB	301
IV. Betreffend die AGB für künftige Verträge	302
1. Gegenüber dem Verbraucher	302
2. Änderung der AGB bei Dauerschuldverhältnissen	303
3. Änderungen der AGB im unternehmerischen Bereich	303
4. Branchenübliche Verwendung von AGB	304
V. Innerhalb des UN-Kaufrechts	305
1. Einseitige Bezugnahme	305
2. Kollision der AGB	305
3. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben – Einbeziehung	305
§ 17 Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsvereinbarungen sowie Schriftform-Klauseln	306
I. Vorbemerkungen	306
II. Körper- und Gesundheitsschaden	307
III. Schäden an beruflich oder gewerblich genutzten Sachen	308
1. Individualvereinbarung	308
2. Grobes Verschulden – Einfache Fahrlässigkeit	309
3. Haftungsbegrenzungsklauseln	311
IV. Vermögensschäden	311
1. Beschaffenheitsgarantie – §§ 444, 639 BGB	311
2. Arglist	312
3. Mängelhaftung	312
V. Intransparenz des Konzepts der wesentlichen Vertragspflicht – „Kardinalpflicht“	313
VI. Verletzungen von sonstigen Pflichten – §§ 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB	314
VII. Haftungsbegrenzung – Ersetzen der Haftung durch Versicherungsschutz	314
VIII. Schriftformklauseln	315
1. Erscheinungsformen	315
2. Vorrangprinzip des Individualvertrages – § 305b BGB	315
3. Einfache Schriftformklausel	317
4. Vollständigkeitsklauseln	318
5. Bestätigungsklauseln	320
6. Qualifizierte Schriftformklausel	321
7. Unternehmerischer Verkehr	322

2. Teil Deliktische Haftung

A. Einführung	323
§ 18 Die Entwicklung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	323
§ 19 Grundzüge der deliktsrechtlichen Produkthaftung	326
§ 20 Bedeutung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	328
I. Verhältnis zum Vertragsrecht	328
1. Grundsatz: Anspruchskonkurrenz	328
2. Verdrängung des Deliktsrechts bei Schäden am Produkt oder Werk?	329
3. Verdrängung des Deliktsrechts bei Schäden mangels Produktrückrufs?	330
II. Verhältnis zum Produkthaftungsgesetz	330
1. Überlegenheit des deutschen Deliktsrechts	331
2. Beeinflussung des Deliktsrechts durch EG-Richtlinie bzw. Produkthaftungsgesetz?	332
B. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB	334
§ 21 Geschützte Rechtsgüter	334
I. Leben	335
II. Körper	335
III. Gesundheit	337
1. Allgemeines	337
2. Schädigung des Embryos	338
3. Unwirksamkeit von Arznei-, Verhütungs-, medizinischen Hilfsmitteln und Sicherheitstechnik	338
IV. Freiheit	339
V. Eigentum	339
1. Allgemeines	339
2. Bewusste Selbstverletzung des Geschädigten	341
3. Schäden am fehlerhaften Gesamtprodukt	344
4. Schäden durch unwirksame Produkte	362
5. Deliktische Haftung für Produktionsschäden	365
VI. Sonstige Rechte	376
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	376
2. Dingliche Rechte	376
3. Besitz	377
4. Anwartschaftsrecht	377
5. Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb	377
6. Kein Vermögensschutz	379
§ 22 Rechtsgutsverletzung	380
I. Haftungsbegründendes Verhalten	380
1. Handlungen und Unterlassungen	380
2. Verkehrspflichtverletzung	381
II. Haftungsbegründende Kausalität	381
1. Allgemeines	381
2. Kumulative und alternative Kausalität	382
3. Hypothetische Kausalität	383
III. Zurechnungsprobleme	383
1. Schutzzweck der Norm	383

2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs: Handeln auf eigene Gefahr	385
3. Rechtmäßiges Alternativverhalten	388
§ 23 Rechtswidrigkeit	389
I. Allgemeines	389
II. Verkehrspflicht	390
1. Herleitung und Zuordnung	390
2. Ermittlung und Umfang	392
§ 24 Verkehrspflichten im Bereich der Warenherstellung	395
I. Anknüpfung	396
1. Erwartungshorizont der Verkehrsteilnehmer	397
2. Technische Standards	404
3. Ökonomische Grenzen des Sicherheitsaufwands	416
II. Typische Pflichtenbereiche	425
1. Konstruktion	425
2. Fabrikation	466
3. Instruktion	477
4. Rückruf	519
5. Produktbeobachtung	542
6. Betriebliche Organisation	546
§ 25 Träger der Verkehrspflichten bei der Warenherstellung	559
I. Herstellerbegriff	560
1. Allgemeines	560
2. Dienstleistung am Produkt	561
3. Abgrenzung zu Handel und Dienstleistung mit dem Produkt	561
4. „Quasi-Hersteller“	563
5. Ausgliederte Vertriebsgesellschaft des Herstellers	564
6. Haftung für Naturprodukte	564
7. Haftung für Nebenprodukte (Industrieabfälle)	570
II. Haftung bei Arbeitsteilung mehrerer Betriebe	572
1. Allgemeines	572
2. Vertikale Arbeitsteilung	572
3. Horizontale Arbeitsteilung	594
4. Mischformen der Arbeitsteilung	600
5. Herstellung durch 3D-Druck	601
6. Herstellung in Lizenz	604
7. Haftungsbeschränkung durch Betriebsaufspaltung?	610
III. Haftung für Gefahren aus dem Zusammenwirken mehrerer Produkte ..	614
1. Allgemeines	614
2. Mehrere Produkte desselben Herstellers	614
3. Beteiligung mehrerer Endhersteller	615
IV. Verpflichtete Personen	631
1. Unternehmensinhaber	631
2. Vorstand, Geschäftsführer	633
3. Leitende Angestellte	646
4. Sonstige Mitarbeiter	648
§ 26 Verkehrspflichten des Händlers	652
I. Der einfache Händler	653
1. Haftung im originären Aufgabenbereich	654
2. Haftung für Herstellungsfehler	661

Inhaltsverzeichnis

II. Alleinvertreiber	669
III. Vertragshändler des Herstellers	669
IV. Ausgegliederte Vertriebsgesellschaft des Herstellers	670
V. „Quasi-Hersteller“	671
1. Allgemeines	671
2. Irreführung der Verbraucher	672
3. Instruktionspflicht	673
4. Produktbeobachtungspflicht	674
VI. Importeur	675
1. Allgemeines	675
2. Umfang der Importeurepflichten	676
3. Prinzip des freien Warenverkehrs zwischen EU-Ländern	685
4. Privilegierte Exportländer	686
§ 27 Verkehrspflichten des Produktbenutzers	688
I. Allgemeines	689
1. Schutzpflichten außerhalb von Produktion und Handel	689
2. Herstellung und Benutzung	689
II. Berufspflichten	690
1. Haftung im originären Aufgabenbereich	690
2. Haftung für Herstellungsfehler	693
III. Pflichten bei außerberuflicher Nutzung	696
§ 28 Verschulden	697
I. Verhältnis zur Verkehrspflichtverletzung	698
II. Selbständiges Haftungserfordernis	699
III. Verschuldensformen	700
1. Vorsatz	700
2. Fahrlässigkeit	701
IV. Schuldvermutung?	702
§ 29 Schädigung	703
I. Schaden	703
II. Haftungsausfüllende Kausalität	704
III. Zurechnungsprobleme	705
1. Reserveursache	705
2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	706
3. Rechtmäßiges Alternativverhalten	706
4. Vorteilsausgleichung	707
5. Schutzzweck der Norm	707
§ 30 Beweisfragen der Haftung für Pflichtverletzung	708
I. Allgemeines	709
1. Beweismittel	709
2. Richterliche Überzeugung	711
3. Anscheinsbeweis	712
4. Tatsächliche Vermutung	712
5. Beweismaßsenkung für Kausalität der unerlaubten Handlung	713
6. Indizienbeweis	713
7. Beweislast und Beweislastumkehr	714
II. Besonderheiten im Produkthaftprozess gegen den Hersteller	715
1. Einführung	715
2. Leitlinien der Rechtsprechung	717
3. Beweis eines Produktmangels (Sicherheitsdefizits)	717

4. Zuordnung des Produktmangels zum Verantwortungsbereich des verklagten Herstellers	723
5. Beweis von Verkehrspflichtverletzung und Verschulden	729
6. Beweis der Ursächlichkeit des Produktmangels für die Rechtsgutsverletzung	743
7. Beweis der Schädigung durch Rechtsgutsverletzung	751
III. Der Produkthaftprozess gegen Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, Arbeiter, Angestellte	751
1. Die Beweislast nach der Rechtsprechung	751
2. Kritik an der Rechtsprechung	752
3. Stellungnahme	753
4. Beweisführung	754
IV. Der Produkthaftungsprozess gegen Vertriebshändler	754
V. Der Produkthaftungsprozess gegen Benutzer	755
VI. Beweissicherung	757
1. Beweissicherung für den Geschädigten	757
2. Beweissicherung für den Hersteller	759
C. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	760
§ 31 Allgemeines zur Schutzgesetzhaftung	760
§ 32 Schutzgesetze	761
I. Gesetzesbegriff	762
II. Schutzgesetzcharakter	762
1. Individualschutz	763
2. Schutzzweck	763
III. Wichtige Schutzgesetze im Dienst der Produktsicherheit	765
1. Allgemeines, Arbeitsschutz	765
2. Arzneimittel, Medizinprodukte	766
3. Seuchenbekämpfung	767
4. Lebens- und Futtermittel	767
5. Bedarfsgegenstände	770
6. Gefährliche Stoffe	770
7. Fahrzeuge	771
8. Gefährliche Geräte, Anlagen	772
§ 33 Voraussetzungen der Schutzgesetzhaftung	773
I. Verstoß gegen das Schutzgesetz	774
1. Verletzung des äußeren Tatbestandes	774
2. Haftungsbegründende Kausalität	774
II. Haftungsausfüllende Kausalität	774
III. Zurechnungsprobleme	775
IV. Verschulden	775
1. Gegenstand	775
2. Verschuldensformen	776
§ 34 Beweisfragen der Schutzgesetzhaftung	778
I. Allgemeines	779
II. Beweis der objektiven Voraussetzungen eines Schutzgesetzverstoßes	779
III. Beweis des Verschuldens	780
1. Allgemeine Beweislastumkehr im Produkthaftprozess?	780
2. Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	780

Inhaltsverzeichnis

IV. Beweis der Kausalität zwischen Schutzgesetzverstoß und Rechtsgutsbeeinträchtigung bzw. Schaden	781
1. Beweislast	781
2. Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	782
3. Schätzung der Folgen eines Schutzgesetzverstoßes?	783
D. Haftung nach § 826 BGB	784
§ 35 Voraussetzungen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	784
I. Schädigung	784
II. Sittenwidrigkeit der Schädigung	785
III. Vorsatz des Schädigers	787
1. Grundsatz: zumindest Eventualvorsatz	787
2. Haftung schon bei grober Fahrlässigkeit?	789
3. Irrtum über die Sittenwidrigkeit	789
IV. Beschränkung der Haftung durch Schutzzweck	789
§ 36 Beweisfragen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	790
I. Schädigung durch Verhalten des Beklagten	790
1. Produktmangel	791
2. Verursachung des Produktmangels durch den Beklagten	791
II. Vorsätzliches sittenwidriges Verhalten	791
III. Schaden und Schadensursächlichkeit	792
E. Haftung nach § 831 BGB	793
§ 37 Voraussetzungen der Haftung für Verrichtungsgehilfen	793
I. Allgemeines	793
II. Verkehrspflichtverletzung eines Verrichtungsgehilfen (§ 831 Abs. 1 BGB)	794
1. Verrichtungsgehilfe	794
2. Handeln in Ausführung der Verrichtung	795
3. Rechtswidrigkeit der Schadenszufügung durch Gehilfen	795
4. Schädigung durch Verrichtungsgehilfen	796
III. Beweisfragen	796
1. Beweis eines Produktmangels	796
2. Zuordnung des Produktmangels zum Verantwortungsbereich des verklagten Herstellers/Händlers	796
3. Verkehrspflichtverletzung des Verrichtungsgehilfen: Beweislastumkehr	797
4. Rechtsgutsverletzung und Schädigung durch Produktmangel	797
IV. Eigenhaftung von Überwachungspersonen (§ 831 Abs. 2 BGB)	798
§ 38 Entlastungsbeweis des Unternehmers	798
I. Ausschluss des Entlastungsbeweises bei Produkthaftung?	799
II. Grundsatz: Entlastung bezüglich des Verrichtungsgehilfen	800
1. Sorgfalt bei der Einstellung	800
2. Ordnungsgemäße Beaufsichtigung	800
3. Ordnungsgemäße Sonderaufsicht	801
4. Irrelevanz des vermuteten Verschuldens	801
III. Erleichterte Entlastung bei Einschaltung von Überwachungspersonal	802
1. Zulässigkeit des dezentralisierten Entlastungsbeweises?	802
2. Gegenstand des erleichterten Entlastungsbeweises	803

F. Rückrufanspruch	803
§ 39 Anspruchsgrundlagen für einen Rückruf	803
I. Rückrufanspruch aus §§ 823 Abs. 1, 249 S. 1 BGB	804
II. Rückrufanspruch analog § 1004 Abs. 1 BGB	807
III. Rückrufanspruch aus §§ 3, 3a, 5a Abs. 2, 8 Abs. 1 UWG	809
IV. Aufwendungsersatz bei Fehlerbeseitigung durch Gefährdete?	812
G. Einwendungen und Einreden des Herstellers	813
§ 40 Obliegenheitsverletzungen, Mitverschulden des Geschädigten	813
I. Verletzung der handelsrechtlichen Untersuchungs- und Rügepflicht ...	814
II. Mitverschulden des Geschädigten	814
1. Allgemeine Grundsätze	814
2. Verantwortlichkeit für Hilfspersonen	816
3. Unsachgemäße Handhabung des schädlichen Produkts	817
4. Vorsorge für Produktversagen	823
§ 41 Verjährung deliktsrechtlicher Ansprüche	824
I. Regelverjährung	824
II. Höchstfristen der Verjährung	827
1. Haftung für Leben, Körper, Gesundheit oder Freiheit	827
2. Sonstige Schadensersatzansprüche	828
III. Hemmung der Verjährung, konkurrierende Ansprüche	828
H. Mehrheit von Verpflichteten und Innenausgleich	829
§ 42 Haftung mehrerer Unternehmen	829
I. Allgemeines	829
II. Haftung im Außenverhältnis	830
1. Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Verpflichteter	830
2. Mittäterschaft	831
3. Anstiftung, Beihilfe	831
4. Nebentäterschaft	832
5. Alternative Täterschaft von Beteiligten	833
III. Ausgleich im Innenverhältnis	841
1. Mitwirkung bei Befriedigung, nachträglicher Ausgleich	841
2. Ausgleichsanspruch nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	841
3. Forderungsübergang nach § 426 Abs. 2 BGB	845
4. Ausgleich nach Leistung an Geschädigten ohne eigene Haftung ...	845
5. Ausgleich von Aufwendungen für Produktbeobachtung, Warn- oder Rückrufaktionen	846
6. Verjährung der Ausgleichsansprüche	848
§ 43 Haftung mehrerer Personen desselben Unternehmens	849
I. Haftung im Außenverhältnis	849
1. Allgemeines	849
2. Beispiele für die Verantwortlichkeit mehrerer	850
II. Ausgleich im Innenverhältnis	850
1. Mitwirkung bei Befriedigung, nachträglicher Ausgleich	850
2. Ausgleichsanspruch nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	851
3. Sonstige Ausgleichsansprüche	852
4. Verjährung der Ausgleichsansprüche	852

3. Teil Produkthaftungsgesetz

§ 44 Einleitung	853
I. ProdHaftG als nationales Gesetz	853
1. Vorbemerkung	853
2. Rechtsangleichung	853
3. Auslegung	856
II. Keine Direktwirkung der Richtlinie	857
III. Weitere Unionsrechtsakte	858
IV. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	858
1. Gesetzliche Grundlage	858
2. Berücksichtigung der Erfordernisse des digitalen Zeitalters und der Kreislaufwirtschaft	859
3. Beweislast	859
4. Sicherstellung des Ersatzanspruchs bei Käufen außerhalb der EU	859
§ 45 Haftungstatbestand – § 1 ProdHaftG	860
I. Dogmatische und methodische Erwägungen	860
1. Gefährdungshaftung – Verschuldensunabhängige Haftung	861
2. Stellungnahme	863
3. Maßgebende Unterschiede zum Deliktsrecht	864
II. Haftungsvoraussetzungen von § 1 Abs. 1 S. 2 ProdHaftG	864
1. Hersteller	864
2. Personenschaden	865
3. „Andere“ Sache – privat genutzte Sache	870
4. Kausalität	870
III. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	872
1. Grundaussage nach Art. 1	872
2. Sachschaden	874
§ 46 Haftungsausschlusstatbestände	876
I. „Fehlerhaftes Produkt“ – die „andere“ Sache als privat genutzte Sache	877
1. Gesetzesmaterialien	878
2. Zweckbestimmung der „anderen“ Sache	881
II. Ausschluss der Ersatzpflicht wegen fehlenden Inverkehrbringens des fehlerhaften Produkts	883
1. Inverkehrbringen	884
2. Inverkehrbringen durch den Quasi-Hersteller	888
3. Inverkehrbringen durch den EWR-Importeur	889
4. Inverkehrbringen durch den Lieferanten	889
III. Produktfehler zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens	890
1. Fehlerfreiheit	890
2. Fallgestaltungen	891
3. Beweisanforderungen	892
IV. Kein Verkauf oder sonstige Vertriebsform mit wirtschaftlicher Zielrichtung – § 1 Abs. 2 Nr. 3 ProdHaftG	894
1. Grundgedanke	894
2. Befreiungstatbestände	894
V. Produktfehler aufgrund zwingender Normen	897
1. Zwingende Rechtsvorschriften	897
2. Ausländische Rechtsvorschriften	900

3. Haftungsausschluss auch für den Quasi-Hersteller, den Importeur und den Lieferanten	901
4. Maßgebender Zeitpunkt	901
VI. Verfügbarer Stand von Wissenschaft und Technik	902
1. Entwicklungsfehler	902
2. Fehler – Stand von Wissenschaft und Technik	906
3. Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik – Produktbeobachtungspflicht	910
4. Haftung des Herstellers: Teilprodukt – Grundstoff	911
VII. Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	914
VIII. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	914
1. Wertungen von Art. 10 Abs. 1	914
2. Wertungen von Art. 10 Abs. 2	919
§ 47 Produkt	920
I. Grundsätzliche Erwägungen	920
II. Produkt als bewegliche Sache	922
1. Hilfsweise: Definitionsmuster von § 90 BGB	922
2. Einzelne Produkte	923
3. Elektrizität	930
III. Unbewegliche Sachen – bewegliche Sachen	930
1. Qualifikation	931
2. Handwerker – Bauunternehmer	932
3. Schiffe – Luftfahrzeuge	933
IV. Teilprodukt – Endprodukt – Bewegliche Sache	934
1. Maßgeblichkeit der Verkehrsanschauung	934
2. Erforderliche Abgrenzung	934
V. Software als Produkt	935
VI. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	935
1. Definition des „Produkts“ – Art. 4 Nr. 1	935
2. Software als Produkt	935
§ 48 Produktfehler	936
I. Allgemeines	937
1. Abgrenzung zum Vertragsrecht	937
2. Abgrenzung zur deliktsrechtlichen Produzentenhaftung	939
II. Sicherheitserwartungen	941
1. Dogmatische Kategorisierung	942
III. Allgemeine Definitionskriterien betreffend Sicherheitserwartungen – Produktfehler	946
1. Fabrikationsfehler	947
2. Konstruktionsfehler	947
3. Instruktionsfehler	950
4. Sozialadäquanz	951
IV. Sicherheitserwartungen des Produktbenutzers – Einzelfallumstände	952
1. Hersteller- und Benutzererwartungen – Reziprozität	952
2. Darbietung des Produkts	953
3. Beschränkungen der Sicherheitserwartungen – Entsprechende Darbietung des Produkts	958
4. Gebrauch des Produkts, mit dem billigerweise zu rechnen ist	960
5. Zeitpunkt des Inverkehrbringens	962
6. Wirkungslosigkeit des Produkts	964
7. Sonderproblem: Fehlerverdacht	965

V. Produktverbesserungen	966
1. Allgemeines	966
2. Geänderte Sicherheitserwartungen	967
3. Beweiswürdigung	968
VI. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	969
1. Definitionskatalog von Art. 6	969
2. Neue Gesichtspunkte – Art. 6	970
§ 49 Endhersteller – Teilehersteller – Importeur – Quasi-Hersteller – Lieferant	973
I. Hersteller des Endprodukts	975
1. Definitionsmerkmale	975
2. Erforderliche Konkretisierung	976
3. Abgrenzungen: Horizontale bzw. vertikale Arbeitsteilung	980
4. Abgrenzungen: Hersteller – Sonstige Tätigkeiten in Bezug auf das Produkt	981
5. Grundstoffe – Verarbeitung	985
II. Hersteller des Teilprodukts	985
1. Teilprodukt	985
2. Teilprodukt – Arbeitsteilung	986
3. Dienstleistungen	987
4. Immaterielle Leistungen	987
5. Teilprodukt – Händler	988
III. Hersteller des Grundstoffs	988
1. Begriffliche Umschreibung	988
2. Konsequenzen	989
3. Weiterfressender Schaden	989
IV. Quasi-Hersteller	990
1. Ziel und Zweck der Regelung	990
2. Anbringen von Namen, Warenzeichen oder eines anderen unterscheidungs-fähigen Kennzeichens	991
V. Importeur	995
1. Grundmuster	995
2. Import – Reimport	996
3. Einfuhr im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit	998
4. Maßgebender Zeitpunkt	998
5. Einfuhr zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung, des Mietkaufs oder einer anderen Form des Vertriebs	999
6. Import von Teilprodukten – Grundstoffe	999
7. Notwendige vertragsrechtliche Freistellung	1000
VI. Lieferantenhaftung	1001
1. Sinn und Zweck der Regelung	1001
2. Lieferant	1002
3. Nichtfeststellbarkeit des Herstellers	1003
4. Nicht-Feststellbarkeit des Teileherstellers	1006
5. Nicht-Feststellbarkeit des Quasi-Herstellers	1007
6. Nicht-Feststellbarkeit des Herstellers des Grundstoffs	1007
7. Nicht-Feststellbarkeit des EWR-Importeurs	1007
8. Aufforderung des Geschädigten	1007
9. Rechtsfolgen	1011
10. Haftungssanktion	1013
VII. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	1013
1. Herstellerhaftung	1014

2. Hersteller außerhalb der EU – Importeurhaftung – autorisierter Vertreter	1014
3. Ersatzweise Haftung des „fulfilment service provider“	1014
4. Wesentliche Produktveränderungen – neue Haftungsvoraussetzung ..	1015
5. Lieferantenhaftung	1015
6. Haftung der Online-Plattform	1016
§ 50 Mehrheit von Ersatzpflichtigen	1016
I. Allgemeines	1016
II. Bestehen eines Gesamtschuldverhältnisses	1017
1. Haftung mehrerer Hersteller	1017
2. Wahlmöglichkeit des Geschädigten	1018
3. Ausschlussstatbestand von § 1 Abs. 3 ProdHaftG	1018
III. Haftungsausgleich im Innenverhältnis	1018
1. Wesensmerkmale	1018
2. Umfang des Ausgleichsanspruchs	1019
IV. Haftungsausgleich bei Gesamtschuldern aus verschiedenen Staaten ...	1022
V. Richtlinienentwurf COM (2022) final 495	1022
§ 51 Mitverschulden	1022
I. Allgemeines	1023
II. Mitverschulden – Mitverursachen – Haftungsminderung	1023
1. Grundregel des § 254 BGB	1023
2. Ausübung tatsächlicher Gewalt	1026
III. Haftung des Herstellers – Mitverursachung des Schadens durch Dritte ..	1026
1. Mitverursachung	1026
2. Handlung des Dritten	1027
3. Innenverhältnis: Hersteller – Dritte	1029
IV. Richtlinie COM (2022) 945 final	1029
§ 52 Umfang der Schadensersatzpflicht	1029
I. Ansprüche im Fall der Tötung	1030
1. Schaden des Getöteten	1030
2. Ersatz der Beerdigungskosten	1031
3. Schadensersatzansprüche Dritter	1031
4. Ansprüche auf immateriellen Ersatz (§ 7 Abs. 3 ProdHaftG)	1032
5. Anspruch auf Geldrente	1033
6. Mitverschulden	1033
7. Entgangene Dienste	1033
II. Ansprüche im Fall der Körperverletzung	1033
1. Ersatz der Heilbehandlungskosten	1033
2. Erwerbsschaden	1034
3. Vermehrung der Bedürfnisse	1034
4. Ersatz von Schmerzensgeld	1034
III. Haftungshöchstbetrag – § 10 ProdHaftG	1035
1. Allgemeines	1035
2. Geltungsbereich der Haftungshöchstgrenze	1036
3. Überschreiten der Haftungshöchstgrenze – Ausgleich	1038
4. Praktische Gesichtspunkte	1038
5. Quotenregelung	1038
6. Übersteigende Haftung – § 823 BGB	1039
7. Auslandsbezug	1039
IV. Selbstbehalt bei Sachschäden – § 11 ProdHaftG	1040

§ 53 Verjährung – Erlöschen der Ansprüche – §§ 12, 13 ProdHaftG	1040
I. Verjährung – Allgemeines	1041
II. Beginn der Verjährungsfrist	1041
1. Grundaussagen	1041
2. Einzelheiten	1042
3. Spätschaden	1044
III. Hemmung der Verjährung durch Verhandlungen – § 12 Abs. 2 ProdHaftG	1044
1. Hemmung der Verjährung	1044
2. Anwendbarkeit der allgemeinen Verjährungsregeln	1045
3. Verjährung von Ausgleichsansprüchen	1045
IV. Erlöschen von Ansprüchen – § 13 ProdHaftG	1045
1. Ausschlussfrist	1046
2. Gerichtliche Geltendmachung	1048
3. Nicht mehr streitige oder rechtskräftig festgestellte Ansprüche	1049
V. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	1049
1. Verjährungsregel von Art. 14 Abs. 1	1049
2. Erlöschenstatbestand	1049
§ 54 Verbot von Haftungsbegrenzungsvereinbarungen –	
§ 14 ProdHaftG	1050
I. Verbotstatbestand	1050
II. Unabdingbarkeit	1050
1. Geltungsbereich	1050
2. Haftungsfreizeichnungen – Haftungsbegrenzungen	1051
3. Rechtsfolgen	1052
III. Auswirkungen auf die StromGVV, GasGVV	1052
IV. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	1053
§ 55 Beweislast	1053
I. Vorbemerkung	1053
II. Fehlernachweis	1054
1. Nachweispflichten des Geschädigten	1054
2. Beweiserleichterungen	1055
III. Schadensnachweis	1056
IV. Kausalitätsnachweis	1056
V. Herstellerbeweis	1057
1. Allgemeines	1057
2. Besondere Entlastungsmöglichkeiten: Entstehen des Fehlers nach dem Inverkehrbringen	1058
VI. Richtlinienentwurf COM (2022) 495 final	1062
1. Grundsatz von Art. 9 Abs. 1	1062
2. Beweisvermutung für das Vorliegen eines Produktfehlers	1063
3. Beweisvermutung für den Kausalitätsnachweis	1066
4. Beweiserleichterungen für den Geschädigten auf Grund eines Richterspruchs	1067
5. Offenlegung der Beweismittel – Art. 8 Abs. 1	1070
§ 56 Konkurrenzen von Haftungsansprüchen	1072
I. Vorbemerkung	1072
II. Vergleich zwischen Art. 13 Produkthaftungs-Richtlinie und § 15 Abs. 1 ProdHaftG	1072
1. Historischer Rückblick	1072
2. Europarechtliche Konformität?	1073

III. Anwendbarkeit der Bestimmungen des ProdHaftG	1075
IV. Verhältnis zu sonstigen Haftungsansprüchen	1076
1. Verhältnis zu § 32 GendTG	1076
2. Verhältnis zu §§ 25, 25a AtomG	1076
3. Gewöhnliche Anspruchskonkurrenzen	1076

4. Teil Software und Produkthaftung

§ 57 Software und Produkthaftung	1079
I. Einführung	1079
II. Begriffe	1080
III. Deliktische Produzentenhaftung, § 823 Abs. 1 BGB	1081
1. Verletzung eines geschützten Rechtsguts	1081
2. Fallgruppen der Produzentenhaftung	1085
3. Verschulden	1090
4. Inhalt des Schadensersatzanspruchs	1090
IV. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	1091
V. Produkthaftung nach dem ProdHaftG	1092
1. Software als „Produkt“ gemäß § 1 Abs. 1, § 2 ProdHaftG	1092
2. Verletztes Rechtsgut	1095
3. Wann ist Software fehlerhaft?	1095
4. Hersteller	1096
5. Ausblick: Der Entwurf zu einer neuen Produkthaftungs-RL	1096
VI. Ansprüche nach Art. 82 DSGVO	1097
VII. Beweisfragen	1098

5. Teil Künstliche Intelligenz und Produkthaftung

§ 58 Haftung für KI nach geltendem Recht	1101
I. Einführung	1102
1. Die Anwendbarkeit der bestehenden Haftungssysteme	1102
2. Möglichkeiten zur Anpassung an Regelungsbedarf für KI-Systeme	1102
3. Aktuelle Herausforderungen und Reformdiskussion	1104
II. Begriff und Definition von KI	1105
1. KI als Software	1105
2. Unterscheidung zwischen regelbasierter Software und KI	1106
3. Technische Besonderheiten von KI	1106
4. Unterschiedliche Definitionen für KI	1107
5. Für das Haftungsrecht relevante Merkmale von KI	1108
III. Unterschiede zwischen regelbasierter Software und KI	1110
1. Typische Fehlerquellen	1110
2. Typische Schäden	1112
IV. Produkthaftung nach ProdHaftG	1113
1. Anwendungsbereich	1113
2. Produktbegriff	1113
3. Fehlerbegriff	1114
4. Mögliche Haftungslücken	1115
V. Produzentenhaftung nach § 823 BGB	1116
1. Anwendungsbereich	1116
2. Maßstab für Bestimmung der Verkehrspflichten	1116
3. Beweiserleichterungen	1118

§ 59 Geplante Sonderregelungen des Unionsrechts für KI und ihr Einfluss auf die Produkthaftung	1119
I. Bedarf an Sonderregelungen auf Unionsebene	1120
1. Anlass für Reformbestrebungen	1120
2. Haftungsrechtliche Besonderheiten von KI	1120
3. Ziel: Konkretisierung ohne Haftungsverschärfung	1121
4. Leitlinien für die geplante Regelung	1121
II. Vorschlag einer strikten Betreiberhaftung durch Europäisches Parlament	1123
III. Neuer Regelungsansatz der EU-Kommission: Paketlösung aus Produzentenhaftung und Produkthaftung	1123
1. Weiterentwicklung des bestehenden Haftungssystems	1123
2. Gleichlauf von Produzentenhaftung und Produkthaftung	1124
IV. Vorschlag für eine KI-VO	1124
1. Regulatorischer Ansatz	1124
2. Geplanter Anwendungsbereich und Kritik am KI-Begriff	1125
3. Verzahnung mit anderen Rechtsakten	1125
4. Zentrale Begriffe und Konzepte	1126
V. Einbeziehung von KI in reformierte Produkthaftungs-RL	1127
1. Einbeziehung von KI in Produkthaftungs-RL	1127
2. Verschiebung des für Fehlerhaftigkeit relevanten Zeitpunkts	1128
3. Ausweitung auf weitere Akteure	1129
4. Ausweitung der geschützten Rechtsgüter	1129
5. Für KI relevante Änderungen	1129
6. Beweiserleichterungen	1130
VI. KI-Haftungs-RL: Harmonisierung von Beweislast und Offenlegungspflichten	1130
1. Parallele Anwendbarkeit der Produzentenhaftung	1130
2. Geplante Harmonisierung durch KI-Haftungs-RL	1131
3. Regelungsansatz der KI-Haftungs-RL	1131
4. Sonderregelungen für Hochrisiko-KI-Systeme	1132
VII. Produkthaftung und Produzentenhaftung für KI im Vergleich	1133
1. Weitgehender Gleichlauf von Produkthaftung und Produzentenhaftung	1133
2. Verbleibende Unterschiede zwischen den Haftungssystemen	1133

6. Teil Qualitätssicherungsvereinbarungen

§ 60 Gegenstand, Ursache und Funktionen von QSV/QMV	1135
I. Gegenstand von QSV	1135
II. Ursache und Gründe für QSV	1136
III. Wesentliche Funktionen	1137
1. Präventionsfunktion	1137
2. Haftungsverteilungsfunktion	1137
3. Rationalisierungsfunktion	1138
4. Perpetuierungsfunktion	1138
§ 61 Verhältnis der Qualitätssicherungsvereinbarung zum Liefervertrag ..	1139
I. Liefervertrag als eigenständiger ergebnisbezogener Vertrag	1139
II. Qualitätssicherungsvereinbarung als eigenständiger produktionsprozessbezogener Vertrag	1140
III. Geltungsbereich von QSV	1142

IV. Rechtliche Typisierung von QSV	1143
1. QSV als Dauerschuldverhältnisse	1143
2. Vertrag sui generis oder typengemischter Vertrag	1143
V. Eigenständiger Vergütungsanspruch?	1146
VI. Überschneidung und Wechselwirkung von Liefervertrag und QSV im Gewährleistungsrecht	1147
1. Keine Wechselwirkung, wenn nur eine Pflichtverletzung in einem Gewährleistungssystem vorliegt	1147
2. Überschneidung beider Gewährleistungssysteme, wenn Pflichtverletzung aus QSV zu Mangel führt	1148
3. Wechselwirkung beider Gewährleistungssysteme, wenn Abnehmer Pflicht aus QSV verletzt und der Lieferant daraufhin ein mangelhaftes Produkt liefert	1148
VII. Fazit	1149
§ 62 Vorgaben durch Produktsicherheitsrecht, insbes.	
Produktsicherheitsgesetz	1149
I. Das ProdSG – Anwendungsbereich, § 1 ProdSG	1153
1. Anwendungsbereich	1153
2. „Produkt“, „Verbraucherprodukt“, „Bereitstellen auf dem Markt“, „Ausstellen“, „Inverkehrbringen“ und „Einfuhr“	1154
3. Adressaten	1156
II. Grundlegende Sicherheitsanforderungen – § 3 ProdSG	1159
1. § 3 Abs. 1 ProdSG – Produkte im harmonisierten Bereich	1159
2. § 3 Abs. 2 ProdSG – Produkte im nicht harmonisierten Bereich ...	1160
3. Vermutungsregeln der §§ 4 Abs. 2 und 5 Abs. 2 ProdSG	1160
III. Besondere Sicherheitsanforderungen an Verbrauchprodukte – § 6 ProdSG	1161
1. § 6 Abs. 1 ProdSG – Pflichten beim Bereitstellen eines Verbraucherprodukts auf dem Markt	1161
2. § 6 Abs. 2 ProdSG – Pflicht zur Vorhaltung eines QS-Systems	1163
3. § 6 Abs. 3 ProdSG – Pflichten nach Inverkehrbringen	1164
4. § 6 Abs. 4 ProdSG – Pflicht zur Unterrichtung der Behörden (Selbstanzeige)	1164
IV. Kennzeichnungspflichten, §§ 7, 20, 22 ProdSG	1165
1. CE-Kennzeichnung, § 7 ProdSG	1165
2. GS-Kennzeichnung, §§ 20, 22 ProdSG	1167
V. [Exkurs] Zentrale Behördenbefugnisse und -pflichten nach der Mü-VO	1168
1. Tätigwerden der Marktüberwachungsbehörde, Art. 11 Abs. 1 Mü-VO	1169
2. Befugnisse der Marktüberwachungsbehörden, Art. 14 Mü-VO	1169
3. Das Marktüberwachungsverfahren, Art. 16 Mü-VO	1170
§ 63 Vorgaben durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	
I. Anwendungsbereich	1173
II. Geschützte Rechtspositionen	1174
1. Menschenrechtliches Risiko – Verbotskatalog nach § 2 Abs. 2 Nr. 1–12 LkSG	1174
2. Umweltrechtliches Risiko – Verbotskatalog nach § 2 Abs. 3 LkSG ..	1176
III. Sorgfaltspflichten	1176
1. Einrichtung eines Risikomanagements § 4 LkSG	1177
2. Durchführung von Risikoanalysen § 5 LkSG	1178
3. Präventionsmaßnahmen gemäß § 6 LkSG	1178

4. Ergreifen von Abhilfemaßnahmen gemäß § 7 LkSG	1181
5. Etablierung eines Beschwerdeverfahrens gemäß § 8 LkSG	1181
IV. Dokumentations- und Berichterstattungspflichten nach § 10 LkSG	1182
V. Sanktionierung von Verstößen	1183
1. Exkurs: Zivilrechtliche Haftung	1183
2. Behördliche Durchsetzung der Vorschriften	1186
VI. Richtlinienentwurf auf EU-Ebene und Fazit	1189
§ 64 Haftungsrechtliche Wirkungen von QSV	1191
I. Haftung gegenüber Dritten (Endverbraucher) – Produkthaftung	1192
1. Ansprüche des Endverbrauchers unmittelbar aus QSV	1192
2. Vertragliche Mängelgewährleistungsansprüche nach §§ 437, 634 BGB	1193
3. Ansprüche des Endverbrauchers aus § 1 ProdHaftG	1194
4. Ansprüche des Endverbrauchers aus § 823 Abs. 1 BGB	1196
5. § 823 Abs. 2 BGB iVm Schutzgesetz	1200
6. Ansprüche des Endverbrauchers aus § 831 BGB	1202
II. Haftung in der Lieferkette	1202
1. Gesamtschuldnerausgleich nach Maßgabe von QSV	1202
2. Haftung für Maßnahmen aus Kulanz außerhalb der Gesamtschuld ..	1205
3. Vertragliche Mängelgewährleistungsansprüche und -rechte nach § 437 BGB	1206
4. § 823 Abs. 1 BGB	1207
§ 65 QSV und AGB-Recht	1207
I. Qualifizierung von QSV als AGB	1208
1. „Vertragsbedingungen“	1208
2. „Einseitiges Stellen“ durch den Verwender	1208
3. Vorformuliert für eine Vielzahl von Verträgen	1209
4. Individuelles Aushandeln von Vertragsbedingungen	1209
II. Einbeziehung von AGB in den Vertrag	1210
III. Kontrollfähigkeit von QSV	1211
IV. Kontrollmaßstab	1212
V. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit von AGB	1213
§ 66 Typischer Inhalt und Rechtliche Bewertung von QSV	1214
I. Präambel	1215
1. Zielvorgaben	1216
2. Auslegungshilfe und Geschäftsgrundlagen	1216
II. Anwendungs- und Regelungsbereich	1217
1. Personell	1217
2. Sachlich	1217
3. Zeitlich	1217
III. Leistungsgegenstand	1218
1. Spezifikationen des Herstellers und Funktionalbeschreibung	1218
2. Lieferung nach Muster/Erstmuster	1221
IV. Verpflichtung zur Etablierung eines QM-Systems	1229
1. Qualitätsmanagementsysteme	1229
2. Produkthaftungsrechtliche Bedeutung	1232
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1233
V. Hinweis- und Informationspflichten	1234
1. Informationspflichten in Bezug auf die Produktdokumentation	1234
2. Informationspflichten in Bezug auf Beschaffenheitsabweichungen ...	1236

3. Informationspflichten in Bezug auf Änderungen im Produktionsablauf	1237
4. Zustimmung- und Widerspruchsrechte des Endherstellers	1238
VI. Verzicht auf Wareneingangskontrollen	1239
1. Vertragsrechtliche Bedeutung	1239
2. Deliktsrechtliche Bedeutung	1240
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit einer Abbedingung der Wareneingangskontrolle	1240
4. Abbedingung der Untersuchungs- und Rügepflicht nach Art. 38, 39 CISG	1242
VII. Rückrufverpflichtung des Lieferanten	1245
1. Vertragsrechtlicher „Rückruf“	1245
2. Deliktsrechtlicher Rückruf	1246
3. Öffentlich-rechtlicher Rückruf	1250
4. Regressansprüche des Endherstellers gegen den Lieferanten	1253
5. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1258
VIII. Versicherungspflicht	1259
1. Versicherungsschutz aus Sicht des Herstellers	1259
2. Versicherungsschutz aus Sicht des Zulieferers	1261
3. Verpflichtung zum Abschluss einer Produkthaftpflichtversicherung in QSV	1262
4. Verpflichtung zum Abschluss einer Rückrufkostenversicherung	1263
5. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1268
IX. Kennzeichnungspflicht	1268
1. Zweck der Produktkennzeichnung	1268
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1269
X. Audits	1270
1. Haftungsrechtliche Bedeutung	1270
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1270
XI. Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht	1271
1. Dokumentation aus Sicht des Herstellers	1271
2. Dokumentation aus Sicht des Zulieferers	1271
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1272
XII. Geheimhaltungsverpflichtung	1273
1. Zweck und Umfang	1273
2. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1273
XIII. Haftungsregelungen	1274
1. Allgemeine Verantwortungszuweisung an den Lieferanten	1275
2. Regress- und Freistellungsvereinbarungen	1275
3. AGB-rechtliche Zulässigkeit	1275
XIV. Mehraufwandsklauseln	1277
1. Sachverhalt	1277
2. Entscheidung des Bundesgerichtshofes	1277
3. Praktische Konsequenzen und Kritik	1278
§ 67 Branchenspezifika	1279
I. Automobilbranche: Berücksichtigung der Branchenspezifika in ISO und VDA Standards	1280
1. DIN EN ISO 9000 ff.: Generelle QM-Vorgaben	1280
2. IATF 16 949: Spezifikationen für Automobilindustrie	1280
3. VDA Standards	1281
4. VDA 6: Auditierungs- und Zertifizierungsvorgaben	1282

5. VDA-Vorgaben für „3rd party audits“	1282
6. AGB-rechtliche Beurteilung der Normenvorgaben	1283
II. Lebensmittelbranche: QM durch gesetzliche Vorgaben geprägt	1284
1. Vorgaben zur Rückverfolgbarkeit durch LFGB und europäische Basisverordnung (EG) Nr. 178/2002	1284
2. Umsetzung in EN ISO 22 005:2007	1285
3. EG-VO 852/2004: Vorgabe zur Implementierung eines HACCP- Systems	1285
4. DIN EN ISO 22000:2018: Umsetzung der gesetzlichen HACCP- Pflicht	1285
5. AGB-rechtliche Beurteilung der Normenvorgaben	1286
6. Einhaltung von QM-Standards GFSI und IFS schon von Seiten der Händler gefordert	1286
7. QM als Werbefaktor und Aushängeschild in der Lebensmittelbranche	1287
III. Medizinprodukte: Zunehmende Spezialisierung der Qualitätssicherung	1287
1. Pflichtenprogramm der MedProdVO	1288
2. Ausgestaltung von medizinproduktspezifischen QSV	1288
3. Folgen von Pflichtverletzungen	1289

7. Teil Wichtige Produktgruppen

§ 68 Produktsicherheit in der europäischen Automobilindustrie	1291
I. Einleitung	1299
1. Branchen- und technikeutrales Produktsicherheit	1299
2. Strukturierung durch Managementsysteme	1299
3. Schlüsselrolle der VO 2018/858	1299
4. Dynamische Anpassungsmechanismen des PSR	1299
5. Autonomer Begriff „Straßenverkehrssicherheit“	1300
6. Anpassungsdynamik durch ansteigende Rückrufzahlen	1300
7. Primat des Unionsrechts	1300
II. Grundlagen des PSR in der europäischen Automobilindustrie	1301
1. Art. 169 AEUV	1301
2. Sicherheitsgeltung für alle Produkte	1302
III. PSR für die Automobilindustrie steht auf drei Säulen	1302
1. Erste Säule: Prävention	1302
2. Zweite Säule: Marktüberwachung	1303
3. Dritte Säule: Sanktion	1303
IV. Schlüsselrolle der Typgenehmigungs-VO 2018/858	1303
1. Geltung der VO ab dem 1.9.2020	1303
2. Gegenstand der VO	1304
3. Geltungsbereich der VO	1304
4. Ergänzende Übernahme von UNEC-Regelungen	1305
5. Sicherheits- und Schutzerwartungen im Typgenehmigungsrecht ...	1305
6. Änderungs- und Ergänzungsvorbehalte	1306
7. Vorsorge gegen Rechtsverstöße	1306
8. Erlöschen der Typgenehmigung	1307
V. Normadressaten der VO 2018/858 auf Unionsebene	1308
1. Kommission (Art. 9 und 10)	1308
2. Mitgliedstaaten (Art. 6)	1309
3. Genehmigungs- und Marktüberwachungsbehörden (Art. 7 und 8) ..	1309
4. Subsidiaritätsprinzip	1310

5. Technische Dienste	1310
6. Online-Datenaustausch unter den Mitgliedsstaaten und ihren Behörden	1311
VI. Normadressaten der VO 2018/858 auf der Ebene der Wirtschaftsakteure	1312
1. Unionseinheitliche Definitionen für Normadressaten	1312
2. Wirtschaftsakteure	1312
3. Herstellerbegriff	1315
4. Eigenverantwortlichkeit der Händler	1324
VII. Sicherheitsrelevante Begriffe	1325
1. „Sicherstellen“	1325
2. „Besondere Merkmale“	1326
3. Standards und Regelwerke	1327
VIII. Risikobewertung	1328
1. Definition „Risiko“	1328
2. Risikofeststellung im Genehmigungsverfahren	1329
3. Risikofeststellung im Feld	1330
4. Handlungsmechanismus im Schutzklauselverfahren	1331
IX. Das Transparenzgebot	1332
1. Zweck des Transparenzgebots	1332
2. Transparenzpflichten der Hersteller	1333
X. Nachvollziehbarkeitsgebot für Technische Anforderungen (Art. 5 Abs. 2c)	1334
1. Beweislastumkehr durch Art. 5 Abs. 2c) der VO 2018/858	1334
2. Art. 5 Abs. 2c) als Kernvorschrift der VO 2018/858	1334
3. Bewertung von Referenzfahrzeugen im Genehmigungsverfahren	1335
4. Nachvollziehbarkeit und Dokumentenintegrität	1336
5. Relativierung des Nachvollziehbarkeitsanspruchs	1337
XI. Änderungen: Erweiterung und Revision	1339
1. Pflicht zur Mitteilung von Änderungen	1339
2. Art der Änderungen	1339
3. Over-the-Air-Zugriffe: „Revision“ oder „Erweiterung?“	1339
4. Möglich, aber nicht schneller	1340
5. „Over-the-air“ – Zugriffe auf Assistenzsysteme	1340
XII. Marktüberwachung im Unionsrecht gegenüber allen Wirtschaftsakteuren	1341
1. Absicherung der Produktkonformität	1341
2. Grundlage aus der VO 765/2008	1342
3. Befugnisse gegenüber allen Wirtschaftsakteuren	1342
4. Marktüberwachungsmaßnahmen nach der VO 2018/858	1342
5. Wirksamkeit der Marktüberwachung	1343
6. Lex-specialis Grundsatz	1343
7. Überwachung von Vertriebsstrukturen	1344
8. Kooperationsgebot der Marktüberwachungsbehörden	1345
XIII. Marktüberwachung und Verbraucherschutz	1346
1. Schutzpflichten der Marktüberwachung	1346
2. Unterstützungsaufgaben der Marktüberwachungsbehörden	1347
3. Unionsnetzwerk für Produktkonformität	1347
4. Mängelbeseitigungspläne durch Marktüberwachungsmaßnahmen	1348
XIV. Interessenschutz und Informationsmanagement	1352
1. Informationsbasiertes PSR	1352
2. Die Interessen der Nutzer	1353
3. Zweckbestimmung der Nutzerinformationen	1353

4. Interessenschutz aus der Richtlinie 2007/46/EG	1355
5. Öffentlich-rechtliches Informationsmanagement	1355
6. Informationen und Konformitätsbewertungsverfahren	1356
7. Wissenszurechnung in Managementsystemen	1357
8. Regelkreis informationsbasierter Konformität	1358
9. Bedeutung der Übereinstimmungsbescheinigung	1360
XV. Übereinstimmung der Produktion, Art. 31 der VO 2018/858	1363
1. Übereinstimmung „Eckpfeiler“ des EU-Typgenehmigungsrechts ...	1363
2. Prüfpflichten der Behörden	1363
3. Geltung für alle Wirtschaftsakteure	1364
XVI. Sicherheitsinstrumente des PSR: Bedeutung von Normen	1364
1. Symbiose von Rechtssprache und technischer Sprache	1364
2. Geltung von Normen	1364
3. Normen-Arbeitsprogramm der Kommission	1366
4. Transformation der Normensprache in die Gesetzessprache	1366
5. Historischer Anwendungsbezug von Normen	1367
6. Konformitätsvermutung durch Normen	1368
7. Harmonisierung von Normen und Gesetzen	1368
8. Vier Normenkategorien	1368
9. Harmonisierte Normen	1369
XVII. Rechtssicherheit durch normierte Managementsysteme	1371
1. Organisationsfunktion	1371
2. Normierte Managementsysteme	1371
3. Relevanz von Managementsystemen für Behörden	1371
4. Nachvollziehbarkeitsgebot und Managementsysteme	1372
5. Leitfaden für Managementsysteme DIN EN ISO 19011:2018	1372
XVIII. Qualitätsmanagementsystem EN ISO 9001:2015/IATF 16949:2016 ...	1376
1. EN ISO 9001:2015 als zentrales Regelwerk	1376
2. Kernbegriffe der EN ISO 9001:2015	1376
3. Rechtliches und technisches Prozessdenken	1379
XIX. Qualitätsmanagement als gesetzlich organisierte Rechtssicherheit	1380
1. Kernaufgaben der Unternehmensführung	1380
2. Qualitätssicherung im Überwachungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG	1381
3. EN ISO 9001:2015 Bedingung für weitere Normanwendungen ...	1381
XX. IATF 16949:2016	1381
1. Automotivspezifische Ergänzung der EN ISO 9001:2015	1381
2. Prozesse in technischer und rechtlicher Wechselwirkung	1383
XXI. Kooperations- und Kommunikationsgebot	1384
1. Art. 60 der VO 2018/858	1384
2. Kommunikationspflichten	1385
3. Kommunikation- und Kooperation als Rechtspflicht	1386
4. Abstimmungsnotwendigkeit der Leistungspflichten	1388
XXII. Qualitätsmanagement nach Anh. IV der VO 2018/858	1390
1. „Verfahren zur Kontrolle der Übereinstimmung der Produktion“ ...	1390
2. Übersetzungsungenauigkeiten in der Normanwendung	1390
3. Ungenauigkeiten bei Begriffen	1390
4. Anwendungsfehler für Übereinstimmung der Produktion	1391
5. Anfangsbewertung des Qualitätsmanagementsystems	1392
6. Prüfungen, Verfahren, Vorkehrungen	1393
7. Zertifizierungen	1395
8. In Wechselwirkung stehende Qualitätsmanagementsysteme	1396
9. Lieferantenstellung im Konzern	1397

10. Einbeziehung der ISO 26262:2018 in die Qualitätsmanagementsysteme	1399
XXIII. Lieferantenmanagement	1400
1. Kernelement des Qualitätsmanagementsystems	1400
2. Geltung von Art. 60 der VO 2018/858	1400
3. Lieferantenmanagement in der Entwicklung	1400
4. Verifizierung und Validierung in der Entwicklung	1401
5. Funktion der Wareneingangs- und Warenausgangsprüfung	1401
6. Technische Warenausgangsprüfung vs. technische Wareneingangsprüfung	1402
7. Die Technische Wareneingangsprüfung im Normkontext	1406
8. Konformitätsbescheinigungen nach DIN EN 10204:2004	1407
9. Folgen der fehlenden technischen Wareneingangsprüfung	1409
10. AGB-rechtliche Unzulässigkeit	1409
11. Entgegenstehende Rechtsprechung	1409
12. Negative Rechtsfolgen	1410
13. Rückverfolgbarkeit	1412
XXIV. VDA 2 (2020): „Sicherung der Qualität von Lieferungen“	1414
1. Das PPF-Verfahren	1414
2. Nachweisdokumente	1415
3. „Auslöser“ des PPF-Verfahrens	1416
4. „Freigabe“ im PPF-Verfahren als rechtsgeschäftliche Erklärung	1417
5. Freigabe als Übereinstimmungserklärung des Kunden	1417
XXV. Exkurs: Deliktischer/vertraglicher Rechtsschutz aus dem Unionsrecht	1417
1. Das einheitliche Unionsrechtsregime	1417
2. Sektorale Besonderheiten der Automobilindustrie	1418
3. Waffengleichheit zwischen Behörden und Herstellern	1418
4. Regelungsmechanismus durch das Qualitätsmanagementsystem	1418
5. Neuer Ansatz durch EuGH C-100/21	1419
6. Die Schlussanträge des Generalanwalts zu deliktischen Fragen	1420
7. Die Schlussanträge des Generalanwalts zu vertragsrechtlichen Fragen	1421
8. Vorlageerfordernisse	1427
9. Deutsches deliktisches Haftungsregime in der BGH-Rechtsprechung	1428
10. Schutzadressaten nach dem unionsrechtlichen „effet utile“	1429
11. Prüfkriterien des VII. Senats	1430
12. EU- oder nationaler Gesetzgeber?	1431
13. Rechtsgrundlagen aus dem Unionsrecht	1432
14. Weitere Entscheidungen des BGH	1434
15. Zwei wesentliche Defizite in der Rechtsprechung	1436
16. Übereinstimmungsbescheinigung und Übereinstimmung der Produktion	1437
17. Zusammenfassung der Kritik an der BGH-Rechtsprechung	1438
18. Kritik aus der Literatur	1440
19. Fazit	1441
XXVI. Sicherheitsfunktionen: On-Board-Diagnostiksysteme (OBD)	1442
1. Funktion von OBD-Systemen	1442
2. Mensch-Maschine-Beziehung	1443
3. UN-ECE-Regelungen zu OBD-Systemen	1443
4. UN-ECE R 83 und OBD-Überwachung	1445
5. Zugang zu OBD-Informationen	1447
6. OBD-Systeme für in Betrieb befindliche Fahrzeuge	1449
7. Kontrollfunktion der ISC-Prüfung	1451

Inhaltsverzeichnis

XXVII. Managementsysteme der Cybersicherheit nach UN-ECE-Regelungen .	1452
1. Schwachstellenmanagement	1452
2. Pflichten der Hersteller, Schwachstellen zu antizipieren	1452
3. Folgen für Rechtsstreitigkeiten	1453
4. UN-ECE R 155 und Cyber-Management	1453
5. Cyberrisiken durch Hackerangriffe	1455
XXVIII. Cybermanagementsysteme	1456
1. Cyberrisikobewertung durch den Hersteller	1457
2. Darlegungslast der Hersteller	1458
3. Cyberrisiken und Softwareänderungen	1458
4. Informationspflicht an den verantwortlichen Fahrer	1458
5. Darlegungslast des Herstellers aus UN-ECE R156, 160 und VO 2018/858	1459
6. Unbefugte Eingriffe	1460
7. Unbefugte Zugriffe	1460
8. Unbefugte Nutzung	1462
XXIX. Hochentwickelte Fahrassistenzsysteme	1463
1. Automatische Spurhaltesysteme (ALKS)	1464
2. Notbrems-Assistenzsystem	1465
3. Notbremslicht	1465
4. Rückfahrassistent	1465
5. Anfahrinformationssystem	1465
6. Ergebnisbezogene Datenaufzeichnung	1466
7. Notfall-Spurhalteassistent	1466
8. Intelligenter Geschwindigkeitsassistent	1466
9. Vorrichtung zum Einbau einer alkoholempfindlichen Wegfahrsperr des Fahrers	1467
10. Warneinrichtung bei Müdigkeit und nachlassender Aufmerksamkeit des Fahrers	1467
11. Hochentwickeltes Warnsystem bei nachlassender Konzentration des Fahrers	1468
XXX. ISO 26262:2018 – Road Safety	1468
1. ISO 26262:2018 als allgemeiner Prozessstandard	1468
2. ISO 26262:2018 und EN ISO 9001:2015	1469
3. Inhalt der ISO 26262:2018	1469
4. Definition Funktionale Sicherheit	1470
5. Fokussierung nur auf die Systeme eines Fahrzeugs	1470
6. Zuverlässigkeit elektronischer Bauteile	1471
7. Verknüpfung mit Systemen zur Außenwelt	1472
XXXI. Off-Board-Systeme	1473
1. Förderung „Intelligenter Verkehrssysteme	1473
2. Normenreihe 20077:2017 ff	1473
3. Datenaustausch unter vernetzten Fahrzeugen	1474
4. Verwendung externer Systeme für automotiv Anwendungen	1474
5. Unterscheidung von „Safety“ und „Security“	1475
6. Konflikte mit § 23 StVO	1475
XXXII. Teile und Ausrüstungen	1476
1. Auswirkungen auf die Fahrzeugsicherheit	1476
2. Hersteller benötigen eine besondere Autorisierung	1477
XXXIII. Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung	1477
1. Herstellung im Mehrstufen-Typgenehmigungsverfahren	1477
2. Beeinträchtigung durch „Teile“ und „Ausrüstung“	1478
XXXIV. Whistleblower	1479
1. Unions- und nationale Regelungen	1479

2. Whistleblower-Richtlinie 2019/1937	1479
3. Whistleblower-Klausel in der IATF 16949:2016	1481
4. Whistleblower in Vertragswerken	1481
5. Mitteilungspflichten nach US-Recht	1481
XXXV. Versicherungsrecht	1483
1. Das Problem der Erprobungsklausel	1483
2. Fehlende Konkretisierung für „Stand der Technik“ bei neuen Technologien	1484
3. Bedarf nach zeitgemäßer Anpassung	1484
4. Innovation durch neue Technologien	1485
5. Die relevanten Zeitfaktoren	1487
6. Der „konkrete Verwendungszweck“	1488
7. Formulierungsvorschlag für den Stand der Technik	1489
§ 69 Produkthaftung für Lebensmittel: Lebensmittelrechtliche Grundlagen	1490
I. Überblick über das Lebensmittelrecht	1490
II. Lebensmittelrecht und Produkthaftungsrecht	1493
1. Keine speziellen lebensmittelrechtlichen Produkthaftungsregelungen	1493
2. Praktische Konstellationen der Produkthaftung für Lebensmittel	1493
3. Lebensmittelrecht und kaufvertragliche Gewährleistung	1494
4. Lebensmittelrecht als Schutznorm nach § 823 Abs. 2 BGB	1494
5. Lebensmittelrecht und Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB und dem ProdHaftG	1495
III. Grundbegriffe des Lebensmittelrechts	1495
1. Lebensmittel	1495
2. Inverkehrbringen	1498
3. Lebensmittelunternehmer	1499
4. Rückverfolgbarkeit	1499
5. Lebensmittelsicherheit	1500
6. Verkehrsfähigkeit	1501
IV. Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit	1501
1. Grundsatz	1501
2. Risikobewertung	1502
3. Gesundheitsschädlichkeit	1503
4. Chargenvermutung	1504
5. Fiktion der ausreichenden Sicherheit	1505
6. Verzehrungseignete Lebensmittel	1505
7. Normale Bedingungen der Verwendung	1506
8. Rücknahme und Rückruf nicht sicherer Lebensmittel	1507
V. Verantwortlichkeiten und Sorgfaltspflichten	1508
VI. Beschaffenheitsvereinbarungen, private Standards	1509
VII. Anforderungen an die Verkehrsfähigkeit von Lebensmitteln	1510
1. Anreicherungs-VO (EG) Nr. 1925/2006	1510
2. Nahrungsergänzungsmittel, diätetische Lebensmittel	1511
3. Produktspezifische Regelungen	1511
4. Zusatzstoffe	1512
5. Neuartige Lebensmittel (Novel Food)	1512
6. Bio-Lebensmittel	1513
7. Hygienerecht	1513
8. Rückstände und Kontaminanten	1514
9. Werbeverbote, nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben	1515
10. Lebensmittelkennzeichnung	1515

§ 70 Produkthaftung für Lebensmittel: Einzelaspekte	1515
I. Sachmängelhaftung	1516
1. Bedeutung der Verkehrsfähigkeit im lebensmittelrechtlichen Sinne .	1516
2. Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums	1517
3. Sorgfaltspflichten	1518
4. Private Spezifikationen und Erklärungen	1518
5. Qualitätssicherungsvereinbarungen und Verantwortungsabgrenzungen	1519
II. Deliktische Haftung	1520
1. Verkehrssicherungspflichten und Lebensmittelrecht	1520
2. Rückverfolgbarkeit	1524
3. Lebensmittelsicherheit und Produktsicherheit	1525
4. Beweisfragen beim Nachweis von Produktfehlern und Kausalität ...	1532
Produkthaftung bei Medizinprodukten	1533
§ 71 Einführung	1533
I. Einleitung	1533
II. Überblick: Geltende Rechtsgrundlagen im Medizinproduktrecht	1535
1. Nationale Gesetze und Verordnungen	1535
2. Europäische Regularien	1536
III. Begriff des Medizinprodukts	1536
IV. Grundlegende Sicherheits- und Leistungsanforderungen	1538
§ 72 Haftungsfragen	1540
I. Grundsatz und Rechtsgrundlagen	1540
II. Beteiligte Akteure	1541
1. Hersteller	1541
2. Bevollmächtigter	1542
3. Verantwortliche Person	1542
4. Händler	1543
5. Importeur	1543
6. Benannte Stelle	1544
7. Betreiber	1544
8. Anwender	1545
III. Geschützte Rechtsgüter	1545
IV. Haftungskonstellationen	1545
V. Haftungstatbestände	1546
1. Haftung aus Vertrag	1546
2. Haftung nach ProdHaftG	1547
3. Haftung nach Deliktsrecht (Produzentenhaftung)	1550
4. Haftungsumfang	1555
5. Beweislast	1555
6. Verjährung	1556
7. Gerichtliche Zuständigkeiten	1556
VI. Ausblick – Entwurf einer neuen Produkthaftungsrichtlinie	1556

8. Teil Produkthaftpflichtversicherung

§ 73 Einführung	1561
I. Historische Entwicklung der Produkthaftpflichtversicherung	1561
II. Gegenstand der Produkthaftpflichtversicherung	1562

III. Abgrenzung der Produkthaftpflichtversicherung zu anderweitigen Versicherungen	1564
1. Rückrufkostenversicherung	1564
2. Bilanzschutzversicherung	1565
3. Produktschutzversicherung	1565
IV. Abgrenzung der Allgemeinen/Betrieblichen Haftpflichtversicherung zur Produkthaftpflicht-Versicherung	1565
V. Rechtliche Grundlagen	1566
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	1566
2. AHB und PHB	1566
3. Erläuterungen des GDV	1568
§ 74 Leistungen des Versicherers	1568
§ 75 Versicherungsgegenstand	1571
I. Versicherung der gesetzlichen Haftpflicht für Personen- und Sachschäden	1572
1. Die gesetzliche Haftpflicht	1572
2. Personenschaden	1577
3. Sachschaden	1578
4. Unechte Vermögensschäden	1580
II. Inverkehrbringen hergestellter oder gelieferter Erzeugnisse	1581
1. Das hergestellte Erzeugnis	1581
2. Das Inverkehrbringen	1582
3. Das gelieferte Erzeugnis	1582
4. Arbeiten und sonstige Leistungen	1583
III. Verhältnis zwischen konventionellem (Ziff. 1 PHB) und erweitertem (Ziff. 4 PHB) Produkthaftpflichtrisiko	1584
§ 76 Versichertes Risiko und mitversicherte Personen	1585
I. Betriebsbeschreibung	1585
II. Risiko für Subunternehmer	1586
III. Mitversicherung der persönlichen Haftpflicht (Ziff. 2.2)	1586
IV. Exkurs: Mitversicherung der gesetzlichen Haftpflicht von Vertragspartnern im Ausland	1586
§ 77 Versicherungsschutz für besondere Produkthaftpflichtrisiken	1587
I. Mitversicherung von Tätigkeitsschäden	1588
II. Vertraglich übernommene Haftpflicht	1589
III. Deckung für den Verzicht auf die kaufmännische Rügepflicht	1589
§ 78 Vorbemerkungen zur Systematik der erweiterten Produkthaftpflichtversicherung	1590
§ 79 Begriffsbestimmungen der Erweiterten Produkthaftpflichtversicherung	1591
§ 80 Verbindungs-, Vermischungs- und Verarbeitungsschäden	1593
I. Grundsatz	1594
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme auf Schadensersatz wegen konkreter Schadenspositionen	1594
III. Deckungsvoraussetzungen	1594
IV. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	1595

V. Beschädigung oder Vernichtung der anderen Produkte	1596
1. Beschädigung oder Vernichtung	1596
2. Die anderen Produkte	1596
VI. Kosten für die Herstellung des Gesamtprodukts, Ziff. 4.2.2.2 PHB	1596
1. Aufgewandte Kosten	1596
2. Ausgenommene Kosten: Das Entgelt für das mangelhafte Erzeugnis .	1596
VII. Kosten für rechtlich gebotene und wirtschaftlich zumutbare Nachbearbeitung der Gesamtprodukte, Ziff. 4.2.2.3 PHB	1597
1. Schadensminderungspflicht des Geschädigten, § 254 Abs. 2 BGB ...	1597
2. Geliefertes Erzeugnis – Gesamtprodukt	1597
3. Umfang der Ersatzleistung des Versicherers	1598
VIII. Weiterer Vermögensnachteil – Unveräußerlichkeit des Gesamtprodukts, Ziff. 4.2.2.4 PHB	1598
1. Unveräußerlichkeit bzw. eingeschränkte Veräußerbarkeit des Gesamtprodukts	1599
2. Kausalität zwischen Vermögensnachteil und fehlender Veräußerbarkeit	1599
3. Berücksichtigung des Erfüllungsbereichs	1599
IX. Produktionsausfallkosten, Ziff. 4.2.2.5 PHB	1599
1. Produktionsausfall als Folge eines Verbindungs-, Vermischungs- oder Verarbeitungstatbestandes	1600
2. Unmittelbar entstandene Kosten	1600
§ 81 Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung eines mangelhaften Erzeugnisses ohne Vermischung, Verbindung oder Verarbeitung ..	1601
I. Grundsatz	1602
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	1602
III. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	1602
IV. Kosten für die Weiterverarbeitung oder -bearbeitung bei Unveräußerlichkeit gemäß Ziff. 4.3.2.1 PHB	1602
1. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung	1603
2. Unveräußerbarkeit der verarbeiteten oder bearbeiteten Erzeugnisse	1603
3. Umfang der gedeckten Kosten	1603
V. Aufwendungen wegen rechtlich gebotener und wirtschaftlich zumutbarer Nachbearbeitung des mangelhaften Erzeugnisses gemäß Ziff. 4.3.2.2 PHB	1603
VI. Weiterer Vermögensnachteil – Veräußerlichkeit des Erzeugnisses nur mit Preisnachlass gemäß Ziff. 4.3.2.3 PHB	1604
§ 82 Aus- und Einbaukosten	1604
I. Grundsatz	1605
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	1605
III. Haftungsrechtliche Besonderheiten bei Aus- und Einbaukosten und deckungsrechtliche Konsequenzen	1606
IV. Mangelhaftigkeit des Erzeugnisses	1608
V. Austausch mangelhafter Erzeugnisse gemäß Ziff. 4.4.2.1 PHB	1608
1. Austausch	1608
2. Austausch des mangelhaften durch mangelfreies Erzeugnis	1609
3. Ausbau von Einzelteilen	1609
4. Umfang der gedeckten Kosten	1609
5. Nicht gedeckt: Kosten der Nach- und Neulieferung	1610

VI. Transportkosten gemäß Ziff. 4.4.2.2 PHB	1610
1. Transport mangelfreier Erzeugnisse	1610
2. Umfang der gedeckten Kosten	1610
VII. Deckungsschutz für Erfüllungsanspruch gemäß Ziff. 4.4.3 PHB	1611
VIII. Nicht gedeckte Bereiche	1611
1. Selbsteinbau/Selbstmontage	1611
2. Kraft-, Schienen- und Wasserfahrzeuge	1611
3. Kosten aus dem Einzelteileaustausch	1612
IX. Fakultative Deckungserweiterung für Einzelteileaustausch und Reparatur	1612
§ 83 Maschinenklausel	1613
I. Grundsatz	1614
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	1614
III. Mangelhaftigkeit der Maschine	1615
IV. Herstellung – Lieferung – Montage – Wartung einer Maschine	1615
1. Maschine	1615
2. Herstellung, Lieferung, Montage und Wartung	1615
V. Produzieren – Bearbeitung – Verarbeitung von mangelhaften Produkten	1616
1. Der Begriff des Produktes	1616
2. Produzieren	1616
3. Be- oder Verarbeiten	1616
4. Verarbeiten	1616
5. Kausalität des maschinellen Herstellungs-, Be- oder Verarbeitungsvorgangs für die Mangelhaftigkeit des Produkts	1616
6. Schäden Dritter	1617
VI. Kosten der Beschädigung oder Vernichtung der Produkte, Ziff. 4.5.2.1 PHB	1617
VII. Andere nutzlos aufgewendete Kosten, Ziff. 4.5.2.2 PHB	1617
VIII. Kosten für rechtlich gebotene und wirtschaftlich zumutbare Nachbearbeitung der hergestellten, bearbeiteten oder verarbeiteten Produkte, Ziff. 4.5.2.3 PHB	1617
IX. Weiterer Vermögensnachteil – Unveräußerlichkeit des Produkts, Ziff. 4.5.2.4 PHB	1618
X. Produktionsausfallkosten, Ziff. 4.5.2.5 PHB	1618
1. Kausalitätserwägungen	1618
2. Kosten des Abnehmers des Versicherungsnehmers	1618
3. Umfang der zu ersetzenden Kosten	1619
4. Produktionsausfallkosten – entgangener Gewinn	1619
XI. Weitere Vermögensnachteile aufgrund der Überführung der mangelhaft hergestellten, bearbeiteten oder verarbeiteten Produkte in weitere Absatzstufen, Ziff. 4.5.2.6 PHB	1619
§ 84 Prüf- und Sortierkosten	1620
I. Grundsatz	1621
II. Versicherter Gegenstand: Inanspruchnahme wegen konkreter Schadenspositionen	1622
III. Kosten der Überprüfung der Produkte mit Mangelverdacht, Ziff. 4.6.2 PHB	1622
IV. Nacherfüllungskosten, Ziff. 4.6.4 PHB	1623

§ 85 Auslandsdeckung	1623
§ 86 Risikoabgrenzungen	1624
I. Nicht versicherte Tatbestände, Ziff. 6.1 PHB	1625
1. Ziff. 6.1.1 PHB	1625
2. Ziff. 6.1.2 PHB	1626
II. Risikoausschlüsse, Ziff. 6.2 PHB	1626
1. Ansprüche aus Garantien oder aufgrund sonstiger vertraglicher Haftungserweiterungen	1626
2. Ansprüche aus Rechtsmängeln	1627
3. Ansprüche wegen Schäden gem. Ziff. 7.8 AHB	1627
4. Pflichtwidrigkeitsklausel	1628
5. Erprobungs-/Experimentierklausel	1629
6. Luftprodukthaftpflicht	1633
7. Konzernklausel	1634
8. Ausschluss von Rückrufkosten	1634
§ 87 Zeitliche Begrenzung, Versicherungsfall, Serienschaden, Versicherungssumme, Maximierung, Selbstbeteiligung	1636
I. Grundsätzliches zum Versicherungsfall	1637
II. Der Versicherungsfall in der konventionellen Produkthaftpflichtversicherung	1638
III. Der Versicherungsfall in der erweiterten Produkthaftpflichtversicherung	1640
IV. Der Versicherungsfall beim Serienschaden	1641
1. Zeitpunkt des Versicherungsfalls	1641
2. Mehrere Schadensfälle – gleiche Schadensursache – innerer Zusammenhang	1642
3. Mangelhafte Lieferung von Erzeugnissen	1642
4. Arbeiten – Leistungen	1643
5. Auswirkungen eines Serienschadens	1643
6. Vorfeldschäden – Rückrufkosten – Rettungskostenersatz	1643
7. AHB- und alternative Serienschadenklauseln	1644
V. Versicherungssumme, Maximierung, Selbstbeteiligung	1644
1. Versicherungssumme	1644
2. Maximierung	1645
3. Selbstbeteiligung	1645
§ 88 Erhöhung und Erweiterung des Risikos/neue Risiken	1645

9. Teil Strafrechtliche Produktverantwortung

§ 89 Grundlagen der strafrechtlichen Haftung	1647
I. Die derzeitige Situation in der Rechtsprechung	1647
II. Strafrechtliche Produktverantwortung als persönliche Haftung	1650
III. Grundlagen der Unternehmenssanktion	1652
IV. Keine Versicherbarkeit der strafrechtlichen Verantwortung	1654
V. Strafrechtliche Produktverantwortlichkeit als „Einstehenmüssen“ für in rechtswidriger und schuldhafter Weise herbeigeführte Schäden	1655
VI. Strafrechtliche Verantwortlichkeit beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)	1658

§ 90 Materielle Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortung ...	1659
I. Problembefund	1660
II. Tatbestandsmäßiges Verhalten durch aktives Tun oder Unterlassen	1661
III. Unechtes Unterlassen – zur Begründung von Garantenpflichten im Bereich der strafrechtlichen Produkthaftung	1662
1. Die Garantenpflicht aus vorausgegangenem, gefahrschaffendem Tun	1663
2. Garantenpflicht kraft Übernahme/Pflichtenstellung des Übertragenden	1666
3. Inhalt und Ausprägung strafrechtlicher Warn- und Rückrufpflichten	1667
IV. Zur Pflichtwidrigkeit des Verhaltens	1671
1. Die Begründung einer Fahrlässigkeit in der Rechtsprechung	1672
2. Der dogmatische Ansatzpunkt für die Festlegung des Sorgfaltsmaßstabs	1673
V. Kausalität und Erfolgszurechnung	1677
1. Zur Schadensursächlichkeit des Produkts	1677
2. Zum kausalen Verhalten mehrerer Personen	1679
3. Kausalität bei Gremienentscheidungen	1680
4. Zur Kausalität des Unterlassens	1680
5. Kausalität und objektive Zurechnung des Erfolges	1682
VI. Zur Frage des Verschuldens	1685
1. Die Schuldproblematik bei Vorsatzdelikten	1685
2. Das Schulselement der Fahrlässigkeit	1686
3. Individuelle Sorgfaltspflichtverletzung	1686
4. Unzumutbarkeit pflichtgemäßen Verhaltens	1687
VII. Irrtumsfälle	1688
VIII. Verjährung	1689
§ 91 Einzelfragen	1691
I. Verkehrssicherungspflichten im arbeitsteiligen Unternehmen	1691
1. Notwendigkeit der Ausgestaltung von Verantwortungsbereichen ...	1693
2. Die inhaltliche Strukturierung von Verantwortungsbereichen	1694
II. Strafrechtliche Haftung bei nicht bestimmungsgemäßer Produktverwendung	1700
1. Verantwortlichkeit bei der Konstruktion	1700
2. Fehlende Produkthinweise	1701
3. Struktur der Verantwortlichkeit	1705
III. Strafrechtliche Verantwortlichkeit dritter Personen neben dem Hersteller	1705
1. Strafrechtliche Haftung des Zulieferers	1706
2. Verlängerte Werkbank	1706
3. Verantwortlichkeit des Händlers	1707
IV. Sonderregelungen der strafrechtlichen Produkthaftung	1709
1. Straftaten nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB)	1710
2. Straftaten nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) und dem Medizinproduktrecht-Durchführungsgesetz (MPDG)	1714
V. Die abfallstrafrechtliche Haftung des Produzenten	1718
§ 92 Praktische Verhaltensregeln bei strafrechtlichen Ermittlungsmaßnahmen im Unternehmen	1719

10. Teil Internationales Privat- und Prozessrecht

§ 93 Internationales Privatrecht	1727
I. Einführung	1727
II. Der Begriff des Produkts iSd Art. 5 Rom II	1729
III. Die Anknüpfung der Produkthaftpflicht nach Rom II	1730
1. Vorrang: Gemeinsamer Aufenthalt	1731
2. Anknüpfung nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 Rom II	1732
3. Anknüpfung nach Art. 5 Abs. 1 S. 2	1737
4. Unanwendbarkeit von Art. 5 Abs. 1 Rom II	1738
5. Stärkere Verbindung mit einem anderen Staat	1738
IV. Weitere relevante Bestimmungen in Rom II	1739
1. Rechtswahl	1739
2. Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts	1742
3. Sicherheits- und Verhaltensregeln	1743
4. Direktansprüche gegen Versicherungen	1744
5. Forderungsübergang	1744
6. Mehrfache Haftung und Rückgriff	1745
7. Ordre public	1746
8. Zeitliche Anwendbarkeit von Rom II	1747
V. Nationales Recht	1748
1. Art. 40 EGBGB	1748
2. Art. 41, 42 EGBGB	1748
§ 94 Gerichtsbarkeit über ausländische Staaten und Staatsunternehmen ..	1749
I. Erkenntnisverfahren	1749
1. Eingeschränkte Immunität für ausländische Staaten	1749
2. Immunität für ausländische Staatsunternehmen	1751
II. Vollstreckungsverfahren	1751
1. Vermögenswerte ausländischer Staaten	1751
2. Vermögenswerte ausländischer Staatsunternehmen	1752
3. Vermögenswerte ausländischer Zentralbanken	1752
§ 95 Internationale Zuständigkeit	1752
I. Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	1753
1. Autonomes Recht	1753
2. Europäisches Recht	1754
3. Staatsvertragliche Regelung	1755
II. Gerichtsstand des Vermögens	1755
1. Autonomes Recht	1755
2. Europäisches Recht	1756
3. Staatsvertragliche Regelung	1756
§ 96 Durchführung des Produkthaftungsprozesses mit Auslandsberührung	1756
I. Partei- und Prozessfähigkeit und Prozessführungsbefugnis	1757
1. Parteifähigkeit	1757
2. Prozessfähigkeit	1758
3. Prozessführungsbefugnis	1758
II. Ermittlung und Anwendung ausländischen Produkthaftungsrechts	1759
1. Anwendung ausländischen Rechts von Amts wegen	1759
2. Ermittlung des Inhalts ausländischen Rechts	1760
3. Ersatzrecht	1760

III. Revisibilität ausländischen Produkthaftungsrecht	1761
IV. Prozesskostensicherheit	1762
V. Internationale Rechtshängigkeit	1762
VI. Abwehrstrategien gegen ausländische Prozessführung	1763
1. Zulässigkeit der negativen Feststellungsklage	1763
2. Zuständigkeit	1763
§ 97 Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer	
Entscheidungen in Produkthaftungssachen	1764
I. Autonomes Recht	1764
1. Entscheidung in einer Zivilsache	1765
2. Internationale Zuständigkeit	1766
3. Ordre public Klausel	1767
II. Europäisches Recht	1768
III. Staatsverträge	1769
1. Entscheidung in einer Zivilsache	1769
2. Internationale Zuständigkeit	1770
3. Ordre public-Klausel	1770
Sachverzeichnis	1771





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG